

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Beratung und Schlussabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union**

– Drucksachen 15/1100, 15/1200 –

(Erste Beratung 53. Sitzung)

- a) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (20. Ausschuss)

– Drucksache 15/1300 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Günter Gloser
Peter Hintze
Rainer Steenblock
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

- b) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 15/1301 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Dietrich Austermann
Walter Schöler
Antje Hermenau
Dr. Günter Rexrodt

Zu dem Gesetzentwurf liegen ein Änderungsantrag und ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU vor. Über den Gesetzentwurf werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinviertel Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes darf ich auf der Tribüne zwei Gäste begrüßen, die anlässlich unserer heutigen Abstimmung über das Gesetz zum Beitritt der zehn bisherigen Kandidatenländer zur Europäischen Union in den Deutschen Bundestag gekommen sind.

Es ist mir eine Freude, meinen Kollegen, den Marschall des Sejm der Republik Polen, Herrn Marek Borowski, begrüßen zu können, dessen Land am 8. Juni 2003 dem Beitritt zur Europäischen Union zugestimmt hat. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich Herrn Günter Verheugen, Mitglied der Europäischen Kommission und zuständig für Fragen der EU-Erweiterung.

(Beifall)

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn Länder wird ein weiterer wesentlicher Schritt zur Realisierung der Vereinigung Europas sein. Ich bin zuversichtlich, dass sich auch die erweiterte Europäische Union der gemeinsamen Verantwortung für die Schaffung und die Sicherung des Friedens in der Welt bewusst ist und in diesem Sinne wirken wird. Nicht zuletzt aufgrund unserer eigenen Erfahrungen in Deutschland bin ich davon überzeugt, dass mit dem Vollzug der Erweiterung am 1. Mai 2004 eine Aufgabe erst richtig beginnt, die uns über die nächsten zehn oder 20 Jahre begleiten wird: die wirkliche Gestaltung der Einheit Europas. Eine europäische Verfassung wird dabei ebenso unverzichtbar sein wie die enge Zusammenarbeit der Parlamente.

Ich danke Ihnen, Herr Borowski, und Ihnen, Herr Verheugen, dass Sie es ermöglicht haben, an dieser für Deutschland sehr wichtigen Plenardebatte teilzunehmen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Angelica Schwall-Düren, SPD-Fraktion, das Wort.

(A) **Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Präsident hat es schon gesagt: Mit der Ratifizierung der EU-Beitrittsverträge von zehn europäischen Ländern durch den Deutschen Bundestag – in einigen Jahren werden auch Rumänien und Bulgarien zur EU gehören – vollzieht sich ein wichtiger Schritt zur **europäischen Wiedervereinigung**. Machen wir uns die Größe dieses Ereignisses bewusst: Wer hätte 1989 ernsthaft daran geglaubt, dass die EU nur 15 Jahre später ihre Türen für zehn überwiegend ost- und mitteleuropäische Staaten öffnen würde? Wohl nur wenige.

An dieser Stelle gratuliere ich zunächst den Beitrittsstaaten, deren Vertreter heute auf der Tribüne bei uns zu Gast sind, zu der großartigen Leistung, die sie auf dem Weg in die EU erbracht haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP)

Die hohe Zustimmung, die der EU-Beitritt in den Beitrittsreferenden zahlreicher zukünftiger Mitgliedstaaten erfährt, ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist Ausdruck dafür, dass die EU-Mitgliedschaft für die Menschen trotz aller Härten auf dem Weg dorthin vor allem Grund zu großer Hoffnung ist.

Umgekehrt fehlt aber in einem Teil unserer Gesellschaft leider noch das Bewusstsein, dass es sich bei den Beitrittsstaaten nicht um ferne, exotische Länder handelt, sondern dass diese Staaten **unsere kulturellen, religiösen und politischen Traditionen** teilen. Unsere Kulturen waren über Jahrhunderte in immer neuer Weise miteinander verschränkt und haben sich gegenseitig befruchtet.

Wir brauchen nur nach Krakau, Riga, Prag oder Budapest zu reisen, um dies zu verstehen. In Prag wurde 1348 die erste Universität in Zentraleuropa gegründet. Der Pole Chopin verzaubert vom 19. Jahrhundert bis heute die Musikliebhaber in Europa und in der ganzen Welt.

(Beifall der Abg. Franziska Eichstädt-Bohlig [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Städte der baltischen Staaten blühten dank der Hanse auf. Viele Länder, die nun der EU beitreten, haben durch die Habsburger Monarchie ein gemeinsames Erbe.

Aber die **Nationalismen des 19. und des 20. Jahrhunderts** trennten unsere Bevölkerungen. Die Germanisierungsversuche gegenüber den Polen im späten 19. Jahrhundert sind hier ein böses Beispiel. Die Unterdrückung und die Ermordung unserer Nachbarvölker im Osten durch Nazi-Deutschland sind der schreckliche Höhepunkt von Nationalismus und Rassenwahn.

Aber auch die Niederrückung des Nationalsozialismus brachte keineswegs die Befreiung aller europäischen Völker von **Diktatur und Unterdrückung**. Über einen Teil Europas senkte sich der **Eiserne Vorhang**. Nur selten und nur wenigen Menschen gelang es in dieser Zeit,

trotz Mauer und Stacheldraht zueinander zu kommen und die Verbindung aufrechtzuerhalten. (C)

Meine Damen und Herren, die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse hat in den vergangenen Jahrzehnten ein Übriges getan. Der Westen konnte sich in Freiheit und Demokratie entwickeln – auch Westdeutschland. Dass Frankreich den Deutschen die Hand zur Versöhnung gereicht hat, hat entscheidend dazu beigetragen. Der europäische Weg wurde durch die europäische **Integration** geprägt. Diese Zusammenarbeit brachte den Menschen in den beteiligten Staaten **Stabilität, Wohlstand, Freiheit und Frieden**. Auch die Zielsetzung, zu einer politischen Zusammenarbeit zu kommen, wurde nicht aus dem Auge verloren.

Doch die Wunde des geteilten Europa blieb: Während die eine Hälfte des Kontinents immer mehr zusammenwuchs und sich die Menschen daran gewöhnten, frei reisen und handeln zu können, erduldeten man noch immer langwierige Kontrollschikanen, wenn man – was selten genug vorkam – vom goldenen Westen in den grauen Osten fuhr. Wir wussten nicht viel über unsere östlichen Nachbarn. Aber interessierten wir uns wirklich für sie? Hatten wir es uns nicht längst in unserem satten Wohlstand bequem gemacht und horchten wir nicht nur gelegentlich auf, wenn sich irgendwo im Osten freiheitsliebende und verzweifelnde Menschen gegen die aus Moskau ferngesteuerte Willkürherrschaft auflehnten? Ja, die Menschen dort haben sich nie mit der Unfreiheit und ihrer Abspaltung von den gemeinsamen kulturellen Wurzeln abgefunden.

Ich selbst erfuhr das, als ich 1971 in der Folge der **neuen Ostpolitik** Willy Brandts zum ersten Mal nach Polen und wenige Jahre später als junge Lehrerin nach Prag kam. Seit dieser Zeit habe ich Freunde in Polen. Unsere Kinder sind im gleichen Alter. Den einen – im Westen – standen viele Möglichkeiten offen. Die anderen – im Osten – wuchsen in der Sehnsucht auf, die Weite und die Freiheit zu gewinnen. (D)

1989 endlich waren die **Bürgerrechtsbewegungen** am Ziel: Die kommunistischen Regime waren am Ende. Ungarn ließ Hunderte von DDR-Bürgern ausreisen, die sich in die deutsche Botschaft in Budapest geflüchtet hatten. Auch in Polen erfuhren die Flüchtlinge aus der DDR sehr viel Hilfe. Dafür haben wir zu danken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Schließlich wurden die Mauern eingerissen.

Nun gibt uns die Vergrößerung der EU endlich wieder die Chance, näher zusammenzurücken und vom vielfältigen Reichtum in Kunst, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft erneut zu profitieren. Mit dem Beitritt der zehn neuen Länder wird es auch einen Zuwachs an **Sicherheit** für alle an der EU beteiligten Länder geben. Jetzt haben wir die Chance, gemeinsam unseren **Wohlstand** zu sichern und unsere Lebensverhältnisse auf hohem Niveau zu stabilisieren. Denn die Vergrößerung des Binnenmarktes wird einen Wachstumsimpuls auslösen.

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) Auch politisch wird die EU von dem Beitritt der neuen Länder profitieren. Denn die bevorstehende Vergrößerung um zehn Mitgliedsländer hat den **Reformdruck** in der EU stark erhöht. Schon in den vergangenen Jahren war es immer schwieriger geworden, eine Gemeinschaft von zuletzt 15 Staaten mit Instrumenten und Methoden zu managen, die ursprünglich für sechs Gründungsmitglieder geschaffen worden waren. Dass die Bürgerinnen und Bürger sich immer mehr fragten, wer denn was in Brüssel entscheidet, weist auf die fehlende Transparenz des Institutionengefüges hin und wirft gleichzeitig die Frage nach der **demokratischen Legitimation** auf.

So brachte die Entscheidung in Nizza, bis 2004 zehn weitere Länder in die EU aufzunehmen, gleichzeitig den Beschluss, in einer Regierungskonferenz eine grundlegende Reform zu verabschieden. Die deutschen Sozialdemokraten haben einen gewichtigen Anteil daran, dass diese Reform durch einen **Konvent** vorbereitet wurde, in dem europäische und nationale Abgeordnete eine bedeutende Rolle spielten. Vor wenigen Tagen hat der Europäische Rat in Thessaloniki den **Verfassungsentwurf** als Grundlage für seine Entscheidung in der Regierungskonferenz entgegengenommen.

Meine Damen und Herren, auch wenn nicht alle Wünsche an eine europäische Verfassung erfüllt werden konnten, so ist es doch ein großer Erfolg, dass die Rechte des Parlaments gestärkt sind, dass mit einem europäischen Außenminister die Voraussetzung dafür geschaffen wurde, dass die EU ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik weiterentwickeln kann, und dass die Grundrechtecharta in die Verfassung integriert ist.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

An dieser Arbeit haben die Vertreter der zukünftigen Beitrittsländer gleichberechtigt mitgewirkt. Sie werden diese Rolle auch in der Regierungskonferenz haben. Für mich ist dies ein Beleg dafür, dass wir gemeinsam den Weg in eine politische Union gehen können.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nach dem glücklichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen im Dezember in Kopenhagen mussten wir allerdings erschrocken erkennen, dass sich die Europäer in der Frage gespalten zeigten, wie mit der **Irakkrise** umzugehen sei. Gemeinsam mit Großbritannien und Spanien unterstützten insbesondere unsere zukünftigen EU-Mitglieder die Position der Vereinigten Staaten, im Irak militärisch zu intervenieren. Diese Situation warf die Frage auf, ob die **GASP** in der EU schon zu Ende war, bevor sie überhaupt richtig in die Wege geleitet worden war. Es wurde diskutiert, ob die politische Union mit den Neumitgliedern in weite Ferne rückte, ob sich die Union demnach auf einen gemeinsamen Markt reduzieren würde.

Ich bin ganz anderer Meinung. Gerade die divergierenden Positionen in der Irakfrage haben mit aller Dringlichkeit deutlich gemacht, dass wir eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik brauchen. Die zarten Keime dieser Zusammenarbeit, wie sie sich in Mazedonien zeigten, müssen unbedingt weiterentwickelt wer-

den. Diese Notwendigkeit wird in allen alten und neuen Mitgliedstaaten gesehen. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aber diese gemeinsame Politik entsteht nicht automatisch, sondern muss – und kann – erarbeitet werden. Der Wille dazu ist vorhanden.

Differenzen heute festzustellen heißt nicht, eine Krise zu konstatieren, sondern bedeutet zu allererst, die Normalität der europäischen Vielfalt zur Kenntnis zu nehmen. Dabei gibt es nicht die Trennung zwischen „altem“ und „neuem“ Europa – um an dieser Stelle die Zuschreibung von Donald Rumsfeld zu zitieren. Der Konventsprozess hat nämlich deutlich gemacht, dass es keine Fronten zwischen Alt- und Neumitgliedern gibt, wie auch nicht zwischen großen und kleinen Staaten. Nein, wir alle stehen gemeinsam vor großen Herausforderungen. Die erweiterte Europäische Union wird entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihr politisches Gewicht stärken müssen. Diese EU wird in der Lage sein, für ihre Bürgerinnen und Bürger mehr soziale Gerechtigkeit, mehr innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten. Diese EU wird **als attraktives Gesellschaftsmodell** auf andere Regionen ausstrahlen.

Ich bin deshalb ganz sicher, dass die große Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen in diesem Bundestag, über alle Parteigrenzen hinweg, mit uns für die Ratifizierung des Beitrittsvertrages stimmen wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Europa kommt heute seiner Wiedervereinigung ein großes Stück näher – ein schöner Grund zum Feiern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU und der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile dem Kollegen Wolfgang Schäuble, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stimmt dem Gesetz zur Ratifizierung des Beitrittsvertrags zu. Wie wir in unserem Entschließungsantrag formulieren, eröffnet sich mit der Osterweiterung der Europäischen Union nach den bitteren Erfahrungen vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die historische Chance, **Frieden, Freiheit und Sicherheit** in ganz Europa nachhaltig zu stärken. Die Einigung Europas ist das wertvollste Erbe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dabei ist klar: Die neuen Mitglieder in der Europäischen Union werden nicht erst jetzt Europäer, sie sind es immer gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) Europa erweitert sich nicht, sondern Europa überwindet seine Teilung. Der Prozess ist übrigens noch nicht zu Ende. Auch Sofia, Bukarest, Zagreb oder Belgrad sind schließlich Europa.

Weil in der Literatur, im Bundesrat und in den Fraktionen dieses Hauses unterschiedliche Auffassungen dazu vertreten werden, ob das **Ratifizierungsgesetz** eine **Verfassungsänderung** darstellt oder nicht, schlagen wir mit einem Änderungsantrag vor, zur Sicherheit die formalen Voraussetzungen der Art. 23 und 79 des Grundgesetzes zu wahren.

Die Europäische Union als Rechts- und Wertegemeinschaft bietet auch die Chance, **Wunden der Vergangenheit** zu heilen. Das Fortbestehen von **Dekreten**, die als Rechtfertigung für Tötungen, Vertreibungen und Entrechtungen gedient haben, verträgt sich damit nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir begrüßen die jüngsten Erklärungen der tschechischen Regierung vom 19. und 29. Juni und wir fordern die Bundesregierung in unserem Entschließungsantrag auf, entsprechend der Aufforderung des Europäischen Parlaments schon aus dem Jahre 1999 mit der **Tschechischen Republik** über die Aufhebung dieser Dekrete zu verhandeln.

- (B) Verehrte Kolleginnen und Kollegen, welche großartige Entwicklung die europäische Einigung gerade angesichts der Lasten der Vergangenheit nimmt, habe ich persönlich am vergangenen Samstag wieder einmal empfunden. Beim Appell anlässlich der Beförderung der Offiziersanwärter der 10. Heeresdivision war auch ein Ehrenzug der deutsch-französischen Brigade angetreten. Deshalb wurde am Ende dieses Appells nicht nur die deutsche, sondern auch die französische Nationalhymne gespielt. Man muss sich das vorstellen: die Marseillaise im Rastatter Schloss anlässlich der Beförderung deutscher Soldaten zu Offizieren. Wer etwas von der deutsch-französischen Geschichte oder auch vom Schicksal unserer badischen Grenzlandschaft weiß, der kann in einem solchen Augenblick nicht unberührt bleiben.

Ein einiges Europa ist die beste Chance für uns, nicht nur die Wunden der Vergangenheit zu heilen, sondern auch unseren Interessen und unserer Verantwortung in dieser komplizierten Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Aber damit Europa diese Aufgabe erfüllen kann, muss es die erste Bewährungsprobe bestehen und seine Teilung überwinden. Auch deshalb liegt die Erweiterung der Europäischen Union nicht nur im Interesse der künftigen Mitglieder, sondern genauso in unserer aller Interesse und vor allem im Interesse Deutschlands, das schließlich in der Mitte Europas gelegen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das gilt auch für die Wirtschaft. Angesichts ganz unterschiedlicher wirtschaftlicher Verhältnisse und Strukturen wird es in diesem Bereich natürlich Übergangsschwierigkeiten geben; das sollten wir auch heute nicht

(C) verschweigen. Aber ich bin mir ganz sicher: Auf mittlere Sicht bedeutet ein größerer einheitlicher Wirtschaftsraum mit mehr Dynamik **Wachstumschancen** für alle. Die Erweiterung der Europäischen Union ist eben kein Nullsummenspiel, in dem die einen verlieren müssen, was die anderen gewinnen sollen, sondern alle werden Vorteile haben.

Das gilt übrigens ganz besonders für die Gebiete in der Nachbarschaft der neuen Mitgliedstaaten, also für die **Grenzregionen**. Ich habe eben von der deutsch-französischen Grenzregion gesprochen. Das gilt genauso für die Grenzregion der im Osten gelegenen Bundesländer. Ich füge hinzu: Diese Regionen sollten in der Zukunft, nach dem Beitritt unserer Nachbarn, vor allem die Chance grenzüberschreitender regionaler Zusammenarbeit verstärkt nutzen.

Wir alle profitieren aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch; denn wir sind schließlich von den Entwicklungen in allen Teilen der Welt betroffen, viel stärker als früher, positiv und negativ. Das nennt man üblicherweise **Globalisierung**. Ich bin mir ganz sicher, dass wir als Europäer gemeinsam mehr erreichen und bewirken können. In dem Maße, in dem die europäische Einigung gelingt, ist sie übrigens auch ein Modell, eine Vision der Hoffnung für andere Teile der Welt. Jahrhundertlange Streitigkeiten, Kriege und Spaltungen hinter sich zu lassen – das muss man sich vorstellen –, kulturelle und nationale Identitäten und Verschiedenartigkeiten zu wahren und zugleich zu gemeinsamem Handeln fähig zu sein, Einheit und Vielfalt richtig auszutarieren – je besser uns das in Europa gelingen wird, umso mehr kann das auch für andere Regionen in unserer krisengeschüttelten Welt ein Modell sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Viele in dieser Welt schauen deshalb voller Interesse und voller Hoffnung auf diesen europäischen Einigungsprozess.

Wenn wir die globale Rolle, die globalen Interessen und die globale Verantwortung Europas richtig bedenken, dann wird auch klar – auch das muss am heutigen Tag gesagt werden –, dass europäische Einigung und **atlantische Partnerschaft** keine Alternativen darstellen, sondern zusammengehören und wie zwei Seiten derselben Medaille untrennbar sind.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Klaus Rose [CDU/CSU]: Das ist völlig klar!)

Nach dem Ersten Weltkrieg – daran muss man angesichts der Debatte der zurückliegenden Monate erinnern – sind Ansätze zur europäischen Einigung auch deshalb gescheitert, weil sich Amerika zu schnell aus Europa zurückgezogen hatte. Dass nach dem Zweiten Weltkrieg die europäische Einigung so glücklich gelungen ist und wir heute an diesem Punkt stehen, hat ganz wesentlich mit amerikanischem Engagement in Europa zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der CDU/CSU: Genau so ist es!)

Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) Wer Europa gegen Amerika einen wollte, der wird Europa am Ende nur spalten. Das war in den letzten Monaten zu besichtigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich will das heute nicht vertiefen. Aber unabhängig von der Frage, wer in der Irak-Debatte welchen Fehler gemacht hat – Fehler sind nicht nur auf einer Seite gemacht worden –, musste uns doch alle erschrecken, welch schwere Spaltung quasi über Nacht in Europa wieder eingetreten ist und wie sehr unsere östlichen Nachbarn und künftigen Mitglieder der Europäischen Union, vor allem die Polen, betroffen waren, weil sie plötzlich die Sorge haben mussten, sie würden vor eine Wahl zwischen Europäischer Union und atlantischer Sicherheit gestellt werden. Frau Kollegin Schwall-Düren und ich waren mit dem polnischen Außenminister zusammen und mussten ihm sagen, sein Land brauche sich als künftiges Mitglied der Europäischen Union nicht dafür zu entschuldigen, dass es mit Amerika freundschaftliche Beziehungen unterhält. So weit haben wir es gebracht, meine Damen und Herren. Wir sollten schnell daraus lernen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Klaus Rose [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Ich finde es gut, dass jetzt auch Intellektuelle – wer immer Intellektueller sei; das definieren die ja selbst und üblicherweise gehört man dann, wenn man anderer Meinung ist als sie, nicht dazu – eine Debatte über die politische Verantwortung Europas angestoßen haben. Es geht aber nicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in dieser Diskussion diejenigen außen vor halten zu wollen, die in einer konkreten Frage anderer Meinung sind. Karl Lamers und ich haben – darauf lege ich schon Wert – in der politischen Debatte wohl eine Art Copyright für den Begriff **Kerneuropa**. Deswegen sage ich im Sinne authentischer Interpretation: Kerneuropa war für uns eben gerade nicht ein Element der Spaltung,

(B)

(Widerspruch des Bundesministers Joseph Fischer)

– nein, sondern es war und muss bleiben ein Element dynamischer Führung für ganz Europa. Genau das, Herr Fischer, haben Sie falsch gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP] – Peter Hintze [CDU/CSU]: Genau! – Joseph Fischer, Bundesminister: Das war nicht falsch!)

– Ich weiß doch, was wir damals geschrieben haben.

(Zuruf von der SPD: Wir wissen es auch! – Joseph Fischer, Bundesminister: Die Italiener wollten die raus haben!)

– Auch das stimmt nicht.

(Joseph Fischer, Bundesminister: Doch!)

Da fragen Sie mal den italienischen Staatspräsidenten, der damals Schatzminister war. Der hat genau das ge-

sagt. Wir haben einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass die Italiener bei den Gründungsmitgliedern der Europäischen Währungsunion gewesen sind, weil sie die notwendigen Reformen in ihrem Lande zustande gebracht haben, an denen diese Bundesregierung scheitert, wie wir bei der Diskussion heute Vormittag feststellen konnten. Auch das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf des Bundesministers Joseph Fischer – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Sie lesen rückwärts anders!)

– Ich weiß doch, was ich damals geschrieben habe. Sie haben es damals nicht gelesen und jetzt wollen Sie es verfälschen und es in falscher Form in Anspruch nehmen.

(Unruhe bei der SPD)

Lassen Sie mich noch etwas sagen, wenn ich schon bei dieser Intellektuellendebatte bin. Fast noch spannender zu sein scheint mir, dass ein Mann wie Jürgen Habermas, der so oft für **Verfassungspatriotismus** plädiert hat, jetzt ein **Gefühl der politischen Zusammengehörigkeit** für Europa voraussetzt.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Wieso „jetzt“? Das war schon immer so!)

– Weil das etwas anderes ist als Verfassungspatriotismus. – Darauf will er eine europäische Identität gründen. In seinem zusammen mit Jacques Derrida veröffentlichten Aufruf fragt er – ich zitiere ihn –:

Gibt es historische Erfahrungen, Traditionen und Errungenschaften, die für europäische Bürger das Bewusstsein eines gemeinsam erlittenen und gemeinsam zu gestaltenden politischen Schicksals stiften? (D)

Das ist die Grundlage für nationale wie für europäische Zugehörigkeit und **Identität**, und das ist eben sehr viel mehr als Verfassungspatriotismus.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Geteilte Erinnerungen und Gefühle stiften ein solches Verständnis von Zugehörigkeit und Identität.

Ich meine, dass der **Austausch zwischen Osten und Westen** in Europa in seiner langen Geschichte ganz wesentlich dazugehört. Unser Kollege Arnold Vaatz schreibt in der Vorbemerkung zu einer von ihm noch nicht veröffentlichten, aber hoffentlich irgendwann zu veröffentlichenden „Geschichte Mitteldeutschlands“ über die politische Dynamik der Geschichte, die aus dem Spannungsfeld zwischen Osten und Westen im Laufe der Jahrhunderte immer wieder entstanden ist.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Wo ist denn dann der Osten Deutschlands?)

Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Das müssen wir jetzt fruchtbar gestalten. Dann wird das für uns alle in Europa von Nutzen sein.

(Beifall bei der CDU/CSU – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Wo ist denn

Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) dann der Osten Deutschlands? Da wird jetzt aber einiges konfus!

– Verehrter Herr Weisskirchen, damit drehen Sie auf Debatten zurück, die wir vor mehr als zehn Jahren geführt haben. Wollen Sie den Begriff Mitteldeutschland wirklich aus der deutschen Sprache streichen? Ich glaube, Sie haben nicht alle Tassen im Schrank. Das tut mir wirklich Leid.

(Beifall bei der CDU/CSU – Unruhe bei der SPD)

Dass wir über die deutsche Einigung im Jahre 2003 anlässlich des anstehenden Beitritts von Polen und anderer Länder zur Europäischen Union noch streiten müssen, ist wirklich steinerweichend. Wir sind uns doch darüber im Klaren, dass wir im Zuge der europäischen Einigung über Grenzen nicht mehr streiten, sondern dass wir Grenzen durch die europäische Einigung überwinden. Deswegen ist es doch ein Freudentag, wenn zehn unserer Nachbarn im Osten der Europäischen Union beitreten wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen müssen wir aber unsere Sprache und unsere Begriffe doch nicht ändern.

Ich würde gerne noch einen weiteren Gesichtspunkt ansprechen. Der Beitritt der künftigen EU-Mitglieder muss auch unsere Nachbarschaft im Osten stärker in unser Blickfeld rücken. Auch hier muss sich Europa bewähren und auch hier liegen für alle Europäer große Chancen.

- (B)

Ich will einige Worte zu **Russland** sagen. Russland ist zum Teil Europa und es ist zugleich auch eine Weltmacht. Übrigens belegt auch die Beziehung zu Russland wieder, dass die europäische Einigung und die atlantische Partnerschaft zusammengehören; die Polen wissen das. Ich glaube, die deutsch-russische Zusammenarbeit ist mit Amerika für Polen sehr viel weniger mit Sorgen verbunden denn als Alternative zur atlantischen Partnerschaft. Für Europa allein ist Russland zu groß. Deshalb bietet die euro-atlantische Gemeinschaft auch für Russland die bessere Perspektive für eine dauerhafte Zusammenarbeit.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer)

Im Übrigen zeigt jeder Blick auf die aktuelle Agenda der Weltpolitik, wie sehr wir auf einen gestaltenden Beitrag Europas, auf eine enge atlantische Partnerschaft und auf eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Russland angewiesen sind.

Die guten Ansätze, die sich in den letzten Wochen etwa im Quartett für den Fahrplan zum Frieden im Nahen Osten oder auch bei den Treffen in Petersburg und Evian gezeigt haben, müssen genutzt und weiterentwickelt werden. Auch deshalb ist der Beitritt der zehn neuen Mitglieder zur Europäischen Union nicht nur ein historisches Ereignis, indem nach bitterer Vergangenheit ein neues und hoffnungsvolles Kapitel in der Geschichte aufgeschlagen wird. Dieser Beitritt muss für uns auch Anstoß sein, uns über unsere Verantwortung und Chan-

cen in dieser Zeit so aufregender Veränderungen in der Welt klar zu werden. (C)

Auch in diesem Sinne wird der Beitrag unserer neuen Mitglieder in der Europäischen Union dringend gebraucht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Herr Außenminister Joschka Fischer.

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute abschließend über die Erweiterung der Europäischen Union. Die Vorrednerin und der Vorredner haben zu Recht darauf hingewiesen: Bei dieser Erweiterungsrunde um zehn neue Mitgliedstaaten handelt es sich nicht nur um die größte Erweiterung; allein aufgrund dessen würde sie das Prädikat „historisch“ schon verdienen. Zugleich gehören überwiegend Nachbarstaaten dazu, die bisher jenseits des Eisernen Vorhangs zu leben hatten. Das heißt, neben der größten Erweiterung ist es zugleich ein Überschreiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs, weswegen man, wie es Kollege Schäuble getan hat, durchaus sagen kann, dass es der entscheidende Schritt zur **Wiedervereinigung Europas** ist.

Deswegen freue ich mich ganz besonders, dass das Haus insgesamt Zustimmung signalisiert hat. Lassen Sie es mich so sagen: Die neuen Mitgliedstaaten sind uns als gleichberechtigte Mitglieder der erweiterten Union recht herzlich willkommen. (D)

(Beifall im ganzen Hause)

Die Gleichheit der Mitgliedstaaten ist eines der ganz entscheidenden Prinzipien. Dass dieses Prinzip der Gleichheit gilt, haben wir bereits im Konvent gezeigt. Obwohl die neuen Mitgliedsländer noch nicht formal beigetreten waren, arbeiteten wir dort als Gleichberechtigte zusammen. Das hat auch der Europäische Rat in Thessaloniki gezeigt, wo die Staats- und Regierungschefs und die Außenminister der 25 bereits gemeinsam gearbeitet haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Gerd Müller [CDU/CSU])

– Bitte?

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Warum ist die Türkei im Konvent noch nicht dabei?)

– Ich gebe zu, es war ein Fehler, dass ich „Bitte“ gesagt habe.

(Beifall der Abg. Krista Sager [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn ich über die größte Erweiterungsrunde rede, dann versteht der Abgeordnete Müller, München, CSU, nur Türkei. Dies ist eine spezifische Form der Übersetzung von Ihnen. Wenn ich aber schon dabei bin – –

(Michael Glos [CDU/CSU]: „Müller aus München“ nehmen Sie sofort zurück!)

Bundesminister Joseph Fischer

- (A) – Auf Geheiß Ihres Landesgruppenvorsitzenden nehme ich es sofort zurück.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Aus Schwaben!
Sie bringen alles durcheinander!)

Wir werden Ihrem Antrag auf eine Zweidrittelmehrheit nicht zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Es ist doch völlig klar, was damit intendiert ist. Obwohl es gar nicht notwendig ist, wollen Sie damit die Möglichkeit erhalten, bei kommenden Erweiterungsrunden der Union mit einer Minderheit Beschlüsse zu blockieren. Deswegen lehnen wir diesen Antrag als gute und überzeugte Europäer ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Der Kollege Schäuble wollte eine intellektuelle Debatte führen. Das finde ich gut und richtig; ich werde gleich darauf eingehen. Aber Herr Schäuble ist mit einigen knappen Bemerkungen sehr schnell über den zweiten Entschließungsantrag hinweggegangen. Ich verstehe auch, warum. Dort wird nämlich erneut auf das **deutsch-tschechische Verhältnis** eingegangen. Ich kann Ihnen nur sagen: Für uns gilt die unter Bundeskanzler Helmut Kohl und unter Beteiligung vieler Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition und auch der Frau Vizepräsidentin mühselig erarbeitete Deutsch-Tschechische Erklärung.

- (B) Das Verhältnis ist schon schwierig genug. Auf der einen Seite bestreitet niemand die Verantwortung unseres Landes für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Das gehört konstitutiv zur Identität des demokratischen Deutschlands. Aber auf der anderen Seite muss auch das erlittene Unrecht und das Leiden derer, die vertrieben wurden und ebenfalls ein großes Opfer zu bringen hatten, betont werden. Auf dieser gemeinsamen Grundlage und gründend auf der historischen Verantwortung unseres Landes für die Verbrechen des Nationalsozialismus wurde damals die Deutsch-Tschechische Erklärung formuliert, die wir nach wie vor für die Basis der Entwicklung unserer Beziehungen halten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der
FDP)

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die jüngste Rede von Ministerpräsident Spidla, die sehr mutig und couragiert war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
bei der SPD)

Ich möchte auch die sehr positiven Reaktionen von Sprechern der sudetendeutschen Landsmannschaft hervorheben.

(Dr. Klaus Rose [CDU/CSU]: Das zeigt, dass
es weitergeht!)

– Richtig. Aber Ihr Antrag ist eher rückwärts gewandt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-
SES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

(C) Nichts wäre uns lieber, als dass die Nachkommen der **Sudetendeutschen** – inzwischen handelt es sich überwiegend um die zweite und dritte Generation; dies gilt auch für alle anderen Heimatvertriebenen – und die Verantwortlichen in der Tschechischen Republik wie auch die Gesellschaften miteinander in einen Dialog kommen. Dieser Dialog soll nicht mehr durch Konfrontation, sondern durch ein Aufeinander-Zugehen und Aufeinander-Zudenken geprägt sein. Deswegen wird alles, was uns in eine ultimative Verhandlungssituation in Bezug auf die Aufhebung der Benes-Dekrete bringen soll, das Gegenteil von dem bewirken, was gegenwärtig gemacht wird. Das werden wir nicht mitmachen.

Wir wollen diesen offenen Prozess des Aufeinander-Zugehens fördern. Ich wünsche mir, dass sich der Geist, den Ministerpräsident Spidla in seiner jüngsten Rede gezeigt hat, in einem Antrag niederschlägt. Dann würde ich Zustimmung empfehlen. Aber diesen kann ich in Ihrem Antrag nicht finden. Darin kommt vielmehr sehr stark der bayerische Landtagswahlkampf zum Vorschein. Deshalb werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

(D) Jenseits dessen ist es wichtig, dass wir über die Zukunft des erweiterten Europas diskutieren. Ich stimme Kollege Schäuble ausdrücklich zu: Es ist faszinierend, zu sehen, was dieses Europa, das angeblich bewegungsfähig ist, seit der Zeitenwende von 1989 geleistet hat. Die europäische Einigungsidee ist schon lange vorher geboren worden und ist damit wesentlich älter. Sie ist eine Antwort auf das Europa der Schlachtfelder des 19. und 20. Jahrhunderts. Sie bedeutet eine Überwindung der Konfrontation der **europäischen Nationalstaaten** im Staatensystem, indem die Interessen, beginnend mit den ökonomischen Zielen, zusammengefügt wurden.

Dahinter stand aber auch die Überwindung der politischen Teilung, der Grenzen. Aus der Sicht der 50er-Jahre sollten eines späteren und fernerer Tages Teile der Souveränität, soweit es notwendig war, ohne dass die europäischen Nationen deswegen ihr Gesicht, ihre Identität, ihre Geschichte, ihre Sprache und ihre Eigenheiten verlieren, zusammengefügt werden. Dieses Europa wird nie ein kontinentaler homogener Staat werden. Dies steht nicht nur im Widerspruch zur Geschichte der europäischen Staaten, sondern – das ist viel älter – zur Geschichte der europäischen Völker. Die Deutschen, die Franzosen und die Polen gab es schon lange, bevor es Nationalstaaten in diesem Sinne gab. Diese sind in der Geschichte eine kurzzeitige Erscheinung.

Die Europäische Union, diese Einigungsidee, ist die Antwort auf das Europa der nationalen und nationalistischen Konfrontationen. Das ist das Eigentliche. Wir mussten in den 90er-Jahren beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens die Schattenseite der europäischen Vielfalt erkennen.

Ich meine – das habe ich Jürgen Habermas in einem privaten Gespräch gesagt –, dass wir weiter sind als bei der damaligen Debatte über **Kerneuropa**. Diese Vorstellung ist im Übrigen nicht richtig. Ich kann mich an die

Bundesminister Joseph Fischer

- (A) Debatte erinnern. Die Idee von Kerneuropa ist im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht und der Einführung des Euro aufgekommen. Sie stand im Zusammenhang mit der Angst, vor allem mit der CSU ein Problem zu bekommen, wenn auch Italien der Eurozone beitrifft.

Schon damals habe ich euch als Oppositionspolitiker entgegengehalten, dass diese Debatte weder dem deutschen noch dem bayerischen Interesse dient. Wer sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Norditalien und Bayern anschaut, der wird das wissen. Es geht vor allen Dingen nicht, dass wir ein Land, das zum Kern der europäischen Integration gehört, beim Euro außen vor lassen. Das war der entscheidende Punkt. Das war das Spaltungselement.

Ich kritisiere das nicht unter dem Gesichtspunkt, dass an der Kerneuropadebatte nicht viel Konstruktives gewesen wäre. Aber sich heute als der große europäische „Integrator“ hinzustellen, das unter den Tisch fallen zu lassen und die Bundesregierung wegen der Entwicklung im Zusammenhang mit dem Irak zu kritisieren zeugt davon, dass man die Geschichte nicht so wahrnimmt, wie sie tatsächlich gewesen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ich bin der Meinung, dass eine „Lokomotive“, die nur aus wenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union besteht, nur die zweitbeste Lösung ist. Schauen Sie doch die Realität an. Es war manchmal sinnvoll, Regelungen nur für einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union vorzusehen. Das Schengener Abkommen war eine wichtige Initiative. Heute ist dieses Abkommen für die meisten Mitgliedstaaten Vertragsbestandteil. Das heißt, der innere Freiraum von Recht und Justiz wird mehr und mehr Realität.

- (B) Dabei ist es wichtig, dass die **Europäische Grundrechte-Charta** jetzt in die Verfassung kommt. Wenn europäische Institutionen im Zusammenhang mit der Kriminalitätsbekämpfung Eingriffe in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger vornehmen, dann gebietet es einer der Grundsätze der Demokratie, dass auch die Grundrechte, das heißt der Schutz der Bürgerinnen und Bürger gegenüber quasistaatlichem Handeln, gesichert werden. Genau das wird mit der Aufnahme der Grundrechte-Charta in die Verfassung gewährleistet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Darüber hinaus ist diese Verfassung die Konsequenz der Erweiterung. Was wurde uns alles in Sonntagsreden entgegengehalten, wenn wir gesagt haben, dass wir die Erweiterung für historisch unausweichlich halten, dass diese Erweiterung dann allerdings einer Neugestaltung der europäischen Institutionen bedarf, um die erweiterte Union handlungsfähiger zu machen, weil sie zugleich größer und per definitionem mit 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und 25 und mehr Mitgliedstaaten unübersichtlicher und noch weniger verstehbar wird!

Die Europäische Union muss für die Menschen transparenter werden. Das **Subsidiaritätsprinzip** – das war

vor allem Ihr Petitum – wird in der Verfassung verankert und die Wächterrolle der nationalen Parlamente wird festgeschrieben. Sie muss nur noch genutzt werden. (C)

Es ist aber auch klar, dass wir die Europäische Union demokratischer machen müssen. Ich erinnere an den gestrigen Vorfall im Europäischen Parlament. Ich hoffe, dass das in einem Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Ministerpräsident Berlusconi unmissverständlich richtig gestellt wird und die Angelegenheit mit einer Entschuldigung abgeschlossen wird. Der gestrige Tag macht auch die Bedeutung Europas und des Europäischen Parlaments klarer. Wir werden bei den Wahlen erleben, dass das erweiterte Europa eine größere Bedeutung bekommt.

Für mich war es eine Erfahrung, als ich mit dem polnischen Staatspräsidenten und meinem Kollegen, dem polnischen Außenminister, in der Nähe von Oppeln im Kampf für das **Referendum** zum ersten Mal in Polen aufgetreten bin. Das war sozusagen ein Wahlkampf, um für das Ja zu Europa zu werben. Das zeigt, wie sich Europa politisiert und demokratisiert und wie Grenzen überschritten werden. Wir haben die Erfahrung innerdeutsch gemacht und machen sie jetzt auf gesamteuropäischer Ebene mit Ländern, die bis vor kurzem durch Mauer und Stacheldraht von uns getrennt waren, heute aber mit uns verbunden sind. Das ist wahrhaft eine historische Entwicklung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Der Prozess wird Geduld und ein Aufeinander-Zugehen erfordern. Die alten Mitgliedstaaten haben über Jahrzehnte im wahrsten Sinne des Wortes Europa „gelernt“ und die Bevölkerungen sind langsam in die Europäische Union hineingewachsen. (D)

Wir haben im deutsch-deutschen Einigungsprozess erlebt, dass vieles, was sich im Westen über Jahrzehnte hinweg langsam entwickelt hat, von den Menschen in Ostdeutschland quasi über Nacht übernommen werden musste. Dasselbe gilt im europäischen Einigungsprozess für die Menschen in den Beitrittsländern. Dabei bedarf es Verständnisses und Sensibilität füreinander und auch – wie wir Deutsche im deutsch-deutschen Einigungsprozess gelernt haben – Geduld. Aber letztendlich ist es ein großer Erfolg.

Dieses Europa wird auch in der Außenpolitik seinen eigenen Weg finden müssen. Es nützt nichts, wenn wir jedes Mal dasselbe wiederholen. Ohne die USA hätte es keinen **europäischen Einigungsprozess** gegeben. Gerade wir Deutsche wissen: Wenn die USA in einem sich vereinigenden Europa gewisse Befürchtungen, Ängste und meinetwegen auch Vorurteile ausbalancieren, dann liegt das auch in unserem Interesse. Aber gleichzeitig müssen wir erkennen, dass der europäische Pfeiler der transatlantischen Brücke ohne ein stärkeres Europa langsam müde werden würde. Das heißt, nicht „weniger Amerika“, sondern „mehr Europa“ ist die Aufgabe, die wir gemeinsam zu lösen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD – Dr. Friedbert Pflüger
[CDU/CSU]: Natürlich!)

Bundesminister Joseph Fischer

- (A) – Nach Ihrer Methode wird das nicht funktionieren, Herr Pflüger. Im transatlantischen Bündnis müssen Sie auch kritikfähig bleiben, wenn Sie anderer Meinung sind. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Natürlich, das hat auch nie jemand bestritten!)

Sie sind dabei im wahrsten Sinne des Wortes kein Maßstab für mich, Herr Kollege Pflüger.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Das gilt umgekehrt auch!)

Denn was Sie unter einer kritischen Meinung verstehen, ist mir, ehrlich gesagt, ein Rätsel.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Ja?)

– Hören Sie doch auf! Es ist doch so: Von einer bestimmten Stelle erfolgt eine Ansage und dann gibt Friedbert Pflüger Laut. Sie wissen so gut wie ich, dass das die Realität ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ihre Position wird von der überwiegenden Mehrheit Ihrer Kollegen nicht geteilt; sie sehen es vielmehr genauso kritisch wie ich.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

- (B) Es gab zwischen uns einen Dissens beim Thema **Irak**. Ich betone ausdrücklich: Das war nicht nur eine Frage der Spaltung – die wir alle bedauert haben –, sondern es war eine Herausforderung für uns alle, wie wir uns auf die neuen Gefahren einstellen sollen. Ich meine, dass es für die beiden Positionen eine große Chance bedeutet, wenn sie aufeinander zugehen. Aufeinander zugehen heißt aber nicht, dass sozusagen die eine Seite die Segel streicht und gegenüber der anderen Seite klein beigt.

Was wir in der Europäischen Union mit dem neuen strategischen Papier erreicht haben, zeigt die Richtung, die wir einschlagen müssen. Angesichts der Herausforderungen und Probleme, vor denen wir gerade im erweiterten Nahen Osten stehen, halte ich das für dringend geboten. Voraussetzung dafür ist aber ein Europa, das handlungsfähig und sich einig ist. Das wird unter Demokraten nie ohne Streit zustande kommen.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Gestatten Sie, dass der Kollege Schäuble eine Frage stellt?

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:
Bitte.

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU):

Herr Bundesminister, könnten Sie nach Ihren Ausführungen über die Bereitschaft zur Kritik – die wohl auch die Bereitschaft, Kritik zu ertragen, einschließt; aber darauf wollte ich nicht hinaus – noch zu der Art der Reak-

tion der deutschen und der französischen Regierung auf die polnische Kritik in einer bestimmten Frage Stellung nehmen? (C)

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Die deutsche aber nicht!)

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Kollege Schäuble, bei der Beantwortung dieser Frage würde ich gerne differenzieren. Das wissen Sie auch.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Dann sagen Sie es!)

– Ich will es Ihnen gerne erläutern. – Ich habe damals ausgeführt, dass ich von einer bestimmten Sprache oder auch Art des Umgangs mit Partnern – wen auch immer das betreffen mag – nichts halte. Ich bin vielmehr der Meinung, dass wir aufeinander zugehen und auch das notwendige Verständnis für kritische Positionen – auch wenn es in der Familie einmal etwas konfrontativer zugeht, was in Familien gerade in Sachfragen immer möglich ist – aufbringen müssen und dass dies immer auf Augenhöhe und von Gleich zu Gleich zu geschehen hat. Das war und ist die Haltung der Bundesregierung und das wird auch so bleiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich habe hinzugefügt, dass dies von unseren Erfahrungen im **deutschen Vereinigungsprozess** geprägt ist. Seien wir doch dankbar dafür, (D)

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Dass die Menschen schnell vergessen!)

dass wir einen gemeinsamen Erfahrungsvorlauf haben, den wir auf europäischer Ebene einbringen können. Deswegen möchte ich noch einmal allen, aber besonders unseren polnischen und tschechischen Nachbarn zurufen: Seien Sie uns herzlich willkommen!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Pflüger, mir ist eine Kurzintervention des Abgeordneten Hintze angekündigt worden.

Dr. Friedbert Pflüger (CDU/CSU):

Ich habe nicht gesehen, dass sich auch der Kollege Hintze zu einer Kurzintervention gemeldet hat.

(Joseph Fischer, Bundesminister: Irgendwie haben Sie mit Ihren Kurzinterventionen immer Pech!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Gut, dann erteile ich Ihnen als Erstem das Wort zu einer Kurzintervention. Bitte, Herr Pflüger.

(A) **Dr. Friedbert Pflüger (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Herr Bundesaußenminister Fischer hat sich eben zu der Art und Weise geäußert, wie wir mit unseren Freunden in Amerika umgehen. Ich möchte sehr deutlich sagen, dass ich unterschiedliche Meinungen innerhalb der Allianz für das Normalste auf der Welt halte. Wir alle sind der Ansicht, dass es in einem Bündnis freier Länder richtig und notwendig ist, auch Meinungsunterschiede auszutragen. Tun Sie doch nicht so, Herr Bundesminister, als ob dies der Streitpunkt in den letzten sechs Monaten gewesen wäre! Das ist er nie gewesen. Der Streitpunkt ist vielmehr die Art und Weise gewesen, wie die Bundesregierung ihre Position vorgetragen hat, wie Amerika beschimpft worden ist – bis hin zu Vergleichen von Bush mit Cäsar und Hitler – und wie den Amerikanern Abenteuerertum unterstellt worden ist. Diese Art und Weise sowie die Tatsache, dass es über Monate hinweg keinen Kontakt zwischen der Bundesregierung und der **Führung in Washington** gegeben hat, haben wir kritisiert.

Herr Bundesminister, Sie haben davon gesprochen, dass Sie mehr Europa haben wollen. Es ist richtig, dass wir mehr Europa brauchen. Aber das Problem ist, dass Europa in den letzten sechs Monaten schwächer und uneiniger geworden ist und dass es gespalten gewesen ist. Diese Politik, die Sie zu verantworten haben, führt in die Irre. Meinungsunterschiede sind in Ordnung. Aber sie müssen auf vernünftige Art und Weise ausgetragen werden. Vor allen Dingen sollte man miteinander und nicht übereinander und auch nicht auf den Marktplätzen reden. Darum ist es uns in den letzten Wochen gegangen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Abgeordneter Hintze, möchten Sie noch eine Kurzintervention machen? – Das ist der Fall. Herr Minister, Sie können dann auf die beiden Kurzinterventionen erwidern.

Bitte, Herr Hintze.

Peter Hintze (CDU/CSU):

Der Bundesaußenminister hat eben so viel unerfreulichen Diskussionsstoff geliefert, dass man darauf eingehen muss.

(Widerspruch bei der SPD)

– Doch, das ist wichtig. – Ich finde es bedauerlich, dass die Regierung versucht, ihren Frust über die Probleme im **deutsch-amerikanischen Verhältnis** am außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion abzureagieren. So können Sie Ihre Fehler nicht wieder gutmachen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Grund meiner Kurzintervention ist aber ein anderer. Der Bundesaußenminister hat der Opposition mit mächtiger Stimme vorgeworfen, sie wolle anlässlich des Beitritts der zehn Staaten aus Mittel- und Osteuropa sowie dem Mittelmeerraum ein Präjudiz für weitere Bei-

tritte schaffen, und das nur, weil wir in unserem Änderungsantrag auf die verfassungsmäßigen Grundlagen dieser Entscheidung hinweisen. Herr Bundesaußenminister, es geht darum, in einer wichtigen Schicksalsfrage Europas ein Präjudiz zulasten der Rechte des Deutschen Bundestages zu verhindern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen treten wir aufgrund unserer verfassungsmäßigen Überzeugung dafür ein, dass Art. 23 in Verbindung mit Art. 79 des Grundgesetzes die rechtliche Grundlage für Erweiterungen der EU ist.

Als überzeugte Europäer – das möchte ich aus politischer Sicht hinzufügen – treten wir dafür ein, die Europäische Union stets so zu erweitern, dass jede Erweiterungsrunde ein politischer und kultureller Gewinn für Europa ist. Die jetzige Erweiterung ist ein solcher Gewinn. Wir werden ihr zustimmen. Das haben wir im Europaausschuss bereits einstimmig getan. Aber wir wollen uns bei jeder neuen Erweiterungsrunde das kritische Urteil darüber vorbehalten, ob das, was Sie uns vorschlagen, Europa tatsächlich gut tut. Das lassen wir uns von niemandem nehmen. Das ist übrigens – damit gehe ich auf eine andere Bemerkung ein – kein Sonderanliegen der CSU, sondern die gemeinsame Überzeugung von CDU und CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Als Letztes möchte ich darauf hinweisen, dass Sie sich zu meiner positiven Überraschung über die inakzeptable Aussage, die der italienische Ministerpräsident im Europäischen Parlament gestern getätigt hat, maßvoll geäußert haben. Allerdings habe ich heute Morgen mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass der Bundeskanzler von diesem Pult aus mit großer Geste eine öffentliche Rüge erteilte.

(Widerspruch der Abg. Katrin Dagmar Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Moment, fangen Sie nicht an zu schreien!

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege Hintze, Sie dürfen jetzt keinen Debattebeitrag mit mehreren Punkten leisten. Die Redezeit von drei Minuten ist abgelaufen.

Peter Hintze (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Ich hätte mir gewünscht, dass der Herr Bundeskanzler von diesem Pult aus eine öffentliche Rüge ausgesprochen hätte, nachdem seine eigene Justizministerin in ähnlicher Weise entgleist war.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Es ist doch blanker Unsinn, das zu vergleichen!)

(C)

(D)

(A) **Joseph Fischer**, Bundesminister des Auswärtigen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Hintze hat sich in diesem Debattenbeitrag ein weiteres Mal als großer Realist – um nicht zu sagen: als großer Realo – gezeigt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Hintze, Sie gehen nämlich davon aus, dass Sie weitere Beitrittsrunden – sie werden in den Jahren bis 2010 und danach stattfinden – von der Oppositionsbank aus begleiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Da pflichte ich Ihnen ausdrücklich bei.

Kollege Hintze, ich pflichte Ihnen allerdings nicht bei, was die juristischen Begründungen angeht. Die Pflicht der Opposition ist sowohl heute als auch in Zukunft – –

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das ist Arroganz!)

– Das hat mit Arroganz überhaupt nichts zu tun. Ich greife lediglich das auf, was Kollege Hintze gerade gesagt hat. Wenn er meint, dass wir die **Erweiterungsrunde** im Jahr 2007 noch in dieser Rollenverteilung begleiten, dann stimme ich ihm zu. Ich werde versuchen, alles dazu beizutragen, dass diese Rollenverteilung aufrechterhalten bleibt.

(B) Ich würde Ihr Recht, zu bewerten, ob Sie zustimmen können oder nicht, niemals negieren. Im Gegenteil: Das ist nicht nur Ihr Recht, sondern auch Ihre Pflicht. Dass Sie allerdings schon jetzt sozusagen in Umkehrung der Verfassungsrealitäten andere Spielregeln wollen, um am Ende über eine Blockademinderheit zu verfügen, das wird nicht funktionieren können, Kollege Hintze.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Im Übrigen möchte ich mich nicht am Kollegen Pflüger abregieren. Meine Meinung ist seit meinem Erlebnis auf der letzten Münchener Sicherheitskonferenz unverändert. Die Höflichkeit gebietet es, das hier so darzustellen, wie es in Wirklichkeit ist.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Das hat Sie schwer getroffen!)

– Das hat mich überhaupt nicht getroffen. Mich haben amerikanische Kollegen, aber auch bedeutende Repräsentanten der NATO gefragt, ob das bei uns so üblich sei. Darauf habe ich geantwortet: Leider ja. Mich abzuregieren, habe ich gar nicht nötig.

Ich möchte auf Ihren letzten Punkt, Kollege Pflüger, zu sprechen kommen. Ich teile ausdrücklich die Meinung des Bundeskanzlers, dass die Äußerungen von Ministerpräsident Berlusconi inakzeptabel sind und über eine Entschuldigung aus der Welt geschafft werden müssen. Übrigens hat Herr Fini, der stellvertretende Ministerpräsident Italiens, das genauso gesehen. Er hat gesagt,

er halte das im Interesse der **deutsch-italienischen Beziehungen** für eine Selbstverständlichkeit. (C)

Jeder von uns hat sich schon einmal vergaloppiert, meinetwegen auch böse. Wenn Sie hier schon Vergleiche ziehen: Ich kann mich an den Gorbatschow-Vergleich erinnern, der völlig daneben war. Später haben sich die beiden Herren zum Nutzen aller sehr gut verstanden. Dieser Vergleich war genauso daneben. In einer Biografie wurde er, wenn ich mich richtig entsinne, im Nachhinein als Fehler qualifiziert. Niemand, der sich für einen Fehler entschuldigt, bricht sich einen Zacken aus der Krone. Wo Menschen sind, da passieren Fehler, manchmal auch schlimme. Das kann man mit einem offenen Wort geraderücken, indem man sich entschuldigt. Das hat der Bundeskanzler gesagt. Dem stimme ich voll zu. Das hat mit Anprangern oder Ähnlichem überhaupt nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Auch etwas anderes, was Kollege Pflüger behauptet hat, lasse ich so einfach nicht stehen.

Erstens. Dass es zwischen den Führungen monatelang keinen Kontakt gegeben hat, ist – das wissen Sie auch – schlechterdings Unfug. Ich stand in permanentem Kontakt mit meinem Kollegen. Sie können natürlich sagen: Der Außenminister, der Secretary of State, der Innenminister und andere gehören nicht zur Führung. Das mag Ihre Perspektive sein. Ich teile sie nicht.

Zweitens. Wir hatten einen Streit darüber, ob **militärische Mittel** angemessen sind. So etwas kommt zwischen Demokratien vor. Das wissen Sie so gut wie ich. Dieser Streit wurde ausgetragen. Ich bin froh, dass wir ihn hinter uns haben. (D)

Schließlich, Kollege Pflüger, lassen Sie mich zu Ihrer Behauptung, die Bundesregierung führe uns in die Irre, Folgendes sagen: Darüber, wer hier wen in die Irre führt, müssen und werden Sie gegenwärtig in der CDU diskutieren. Darüber sind wir nicht traurig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Damit bei Ihnen, meine Herren aus Polen, die Sie heute hier in dieser ganz wichtigen Debatte zuhören, keine Irritationen entstehen, möchte ich eines ganz deutlich machen: Die FDP-Fraktion ist die Fraktion im Deutschen Bundestag, die nie einen Zweifel daran gelassen hat, dass sie diesen Beitrittsprozess, und zwar beginnend mit dem ersten Beitritt zur Europäischen Union, immer wollte und immer zielstrebig verfolgt hat. Was für viele sehr lange eine Vision war, wird heute Realität – dank liberaler Außenminister. Die FDP hat auch nie einen Zweifel daran gelassen, dass der Vertrag über den

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

- (A) Beitritt in diesem Haus wie ein ganz normaler **Ratifizierungsvertrag** mit einfacher Mehrheit ratifiziert wird. Wir sind in Kontinuität mit der Regierungspolitik der früheren CDU/CSU-FDP-Koalition.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

1994, als es um den Beitritt dreier Länder ging, haben wir genau dieselbe Position wie heute vertreten. In diesem Punkt gehören wir eindeutig zur Minderheit in diesem Haus; denn da hat es jetzt bei CDU/CSU und SPD die Rochaden gegeben. Anscheinend spielt auch bei der Bewertung juristischer Fragen eine nicht unwesentliche Rolle, in welcher Verantwortung man in diesem Hause ist. Wir haben an unserer Position nie Zweifel aufkommen lassen und haben diese Position klar, eindeutig, nachvollziehbar und so vertreten, dass keine Irritationen entstehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir von der FDP-Fraktion begrüßen herzlich die Bürgerinnen und Bürger der Beitrittsstaaten, nicht nur die aus **Polen**, sondern die aus allen zehn Ländern, die am 1. Mai 2004 zur Europäischen Union gehören werden. Natürlich gilt das uneingeschränkt auch für die **Tschechische Republik**. Wir sind froh darüber, dass die Tschechische Republik zur Europäischen Union gehören wird – gerade mit Blick auf die deutsche Vergangenheit und das Unrecht, das vielen Menschen, Deutschen und Tschechen, widerfahren ist. Gerade deshalb ist es ein entscheidender historischer Schritt.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

- (B) Das Bekenntnis der tschechischen Bevölkerung zum EU-Beitritt, die Erklärung des tschechischen Parlaments und des tschechischen Ministerpräsidenten Spidla sind eindeutig ein Schritt hin zu einem neuen Kapitel auch in den Beziehungen der beiden Staaten Bundesrepublik Deutschland und Tschechische Republik. Ich bin davon überzeugt, dass gerade in der Unionsmitgliedschaft von Deutschland und Tschechien eine hervorragende Grundlage dafür liegt, auch immer noch offene und zu diskutierende Fragen in gegenseitigem Einvernehmen zu lösen. Aber belasten wir diese gemeinsame Zukunft bitte nicht mit Versprechungen und Entschließungen!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt steht die Europäische Union vor der Herausforderung, die Erweiterung auch tatsächlich zu vollziehen, die Chancen zu nutzen und die Risiken, die natürlich ebenfalls vorhanden sind, zu minimieren. Wirtschaftliche Kooperation, besonders in **grenzüberschreitenden Regionen**, Ausbildungs- und Bildungsoffensiven sowie grenzüberschreitende Verkehrsmaßnahmen haben natürlich hohe Priorität. Aber gerade der italienischen Ratspräsidentschaft kommt in dieser für die Europäische Union, für ihre Integration und für ihren Weiterentwicklungsprozess wichtigen Zeit eine ganz herausragende Bedeutung zu. Gerade jetzt, in dieser Stunde, muss das Vertrauen der neuen Mitgliedstaaten gewonnen werden und muss gegenseitiges Verständnis gestärkt werden, um auf dieser Grundlage Interessengegensätze zu überwinden. Deshalb ist besorgniserregend, dass das Debüt des

italienischen Ministerpräsidenten als Ratspräsident im Europäischen Parlament gestern völlig missglückt ist. Gerade jetzt, in dieser Phase, braucht die Europäische Union einen Ratspräsidenten, der überzeugt und den europäischen Verfassungsprozess weiter voranbringt, der integriert und nicht mit seinen Ausfällen im Europäischen Parlament Misstrauen sät. Alles andere birgt die Gefahr in sich, dass die Ratspräsidentschaft mit diesen Belastungen nicht zu dem Erfolg kommt, den wir von diesem Prozess erwarten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Allermindeste ist doch, dass sich der italienische Ministerpräsident dafür entschuldigt, damit diese Auseinandersetzung nicht die Beratungen in den kommenden Monaten und insbesondere die Regierungskonferenz, die im Herbst beginnt, überlagert.

Wir Liberale begrüßen ausdrücklich, dass es jetzt einen ersten Entwurf einer **europäischen Verfassung** gibt. Er stellt in vielen Bereichen die Weichen richtig und gibt Antworten darauf, wie mit den Herausforderungen im Rahmen der Erweiterung umzugehen ist. Für uns sind beide Prozesse – Erweiterung und Vergrößerung sowie Vertiefung der Europäischen Union – unabdingbar miteinander verbunden. Wir erwarten aber auch, dass auf den noch verbleibenden Konventssitzungen über entscheidende Punkte und noch mögliche Verbesserungen verhandelt wird. In den letzten Beratungsrunden zum dritten Teil geht es nicht nur um technische Fragen, sondern auch darum, in der Ausgestaltung wichtiger Kompetenzfragen klare Regelungen und nicht solche, die nachher zulasten der Mitgliedstaaten ausgelegt werden können, zu treffen.

Deshalb wollen wir, dass die Kompetenzen etwa bezüglich der Daseinsvorsorge nicht verlagert werden, dass die Binnenmarktkompetenz eingeschränkt wird sowie in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik über qualifizierte Mehrheiten der Europäischen Union bessere Handlungsmöglichkeiten gegeben werden. Dieser Versuch muss jetzt in den Beratungen, aber möglicherweise auch noch, ohne dass das ganze Paket aufgeschnürt wird, in den Beratungen der Regierungskonferenz unternommen werden.

Dass wir in der Europäischen Union eine offene Debatte über die Konzeption ihrer **Außenpolitik** brauchen, ist ja unstrittig. Das hat ja auch die Diskussion heute Morgen zum Ausdruck gebracht. Wir als FDP wollen ein selbstbewusstes und starkes Europa, das sich nicht allein aus einer schlichten Abgrenzung zu den Vereinigten Staaten von Amerika bzw. einer schlichten Unterwerfung unter amerikanische Vorstellungen definiert, sondern das seine eigene Außen- und Sicherheitspolitik in Partnerschaft zu unseren amerikanischen Freunden definiert und dadurch Vertrauen aufbaut. Hierfür müssen Mechanismen geschaffen und Verfahrensabläufe festgelegt werden,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

- (A) damit nach strittigen Diskussionen über wichtige Einzelfragen ein gemeinsames Handeln der Europäischen Union möglich wird, und zwar ohne dass es durch Irritationen, die nach wie vor nach der emotionalen Auseinandersetzung der letzten Monate um den Irakkrieg bestehen, überlagert wird.

Wir also haben klare Vorstellungen von einem starken handlungsfähigen Europa. Die vielen Kulturen und Traditionen sind eine Bereicherung für uns. Wir Liberale sind froh, dass wir wirklich für uns in Anspruch nehmen dürfen, entscheidende Weichenstellungen für die heute anstehenden Entscheidungen mit vorgenommen zu haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Gert Weisskirchen.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Prag vor über 20 Jahren, die Charta 77 gerade wenige Jahre alt. Anglicka 8, nahe am Wenzelsplatz – Milan Horacek, der auf der Tribüne sitzt, kennt es –: **Anna Sabatova** und **Petr Uhl** wohnen hier, streng bewacht; sie leise und eindringlich, er blickt mich verschmitzt aus den Augenwinkeln an und zitiert Konrad György: Wir leben im unglücklichen Teil Europas, uns geht es um die Freiheit, uns geht es darum, dass wir als Europäer die gleichen Rechte wie ihr als Europäer habt. Auch unser Teil Europas will glücklich werden. – Das haben sie damals zu mir gesagt.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Um die Freiheit geht es. Prag liegt westlich von Wien.

Istvan Szent-Ivanyi aus Budapest zeigt mir im gleichen Jahr, wie die Dissidenz miteinander ringt, um Solidarität und wieder um Freiheit debattiert. Er sagt: Das ist unser Wollen, unser Ziel – Freiheit, so wie bei euch im Westen Europas. Heute ist er liberaler Vorsitzender des Europaausschusses. Er hat gezeigt, was Solidarität in Zeiten der Diktatur heißt.

Oder **Marju Lauristin**, die große estnische Sozialdemokratin. Wer einmal in Tallin war, war vielleicht auch vor dem Parlament und hat auf die wunderbare Altstadt und das weite baltische Meer geblickt. Marju Lauristin hat, die Büste ihres Vaters zeigend, gesagt – das war Mitte der 80er-Jahre –: Er hat Estland in die Diktatur gebracht, ich, Marju Lauristin, will das, was mein Vater getan hat, rückgängig machen; ich will, dass Estland Mitglied der Familie der europäischen Demokratien wird. – Ich war erstaunt, überrascht, erfreut.

Oder **Emmanuelis Zingeris**, ehemals Mitglied des Parlaments in Vilnius, heute als Mitglied der jüdischen Gemeinde in Vilnius dafür sorgend, dass das Jerusalem

des Ostens niemals verloren geht, die Geschichte des europäischen Judentums, das in Europa eine Klammer bedeutet hat um den Westen, den Osten und die Mitte Europas und das Deutschland damals zerstört hat. Er sagt: Seitdem ist das Wort „Holocaust“ in den Namen meines Landes eingebrannt auf alle Zeit.

(C)

Oder **Jan Józef Lipski** aus Polen. Er lebt nicht mehr. Wie würde er sich freuen, wenn er diesen Tag, den 1. Mai 2004, erleben könnte, er, der den demokratischen Sozialismus damals als PPS-Vorsitzender – so nannte man das – im Exil am Leben gehalten hat, nach Polen zurückgebracht hat, sich der Solidarnosc und zuvor der Menschenrechtsbewegung angeschlossen hat.

Was für Menschen, was für Männer und Frauen! Sie gehören jetzt zu uns.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Häufig wird gesagt, die Europäische Union erweitere sich nach Osten. Nein. Jiri Grusa hat es richtig erkannt und beschreibt als Lyriker und Diplomat sensibel und analytisch genau, worauf die meisten hoffen und worüber der Deutsche Bundestag heute entscheiden wird: Der **Westen** verlängert sich. Alle hinzukommenden Mitglieder wollen Teil des Westens sein. Freiheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität – in der EU haben sie ihren Platz, fest und unverrückbar. Jetzt gilt es, das, was sich die Länder mit der Sehnsucht nach Freiheit erkämpft haben, was sie sich erstritten haben, in der Europäischen Union zu sichern. Wir und alle anderen Mitglieder der Europäischen Union sind dazu bereit, euch den Platz zu geben, gemeinsam mit uns die Zukunft der Europäischen Union zu gestalten!

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bleibt, wenn auch manchmal der eine oder andere Punkt ärgerlich ist, wenn auch mit der Brüsseler Technokratie gerungen werden muss – Günter, du verzeihst, dass ich das so sage –: Die Europäische Union ist der Rahmen, in dem diese Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ihren festen Platz gewinnen. Das ist ein ungeheurer qualitativer Sprung in der Geschichte Europas. Das, was jahrhundertlang unsere eigene Geschichte geprägt hat, der unendliche schreckliche Strom der Gewalt, der durch die Zeiten gegangen ist, ist gestoppt.

Kollege Pflüger, an diesem Punkt kann es doch keine Frage sein, dass die **USA** zu Beginn der Wächter gewesen ist, der uns diese Freiheit gesichert hat. Das wissen wir doch. Nur mit den USA kann es gelingen, die Freiheit in der ganzen Welt zu sichern und mitzuhelfen, dass alle Menschen, die es wollen, eine Chance auf Freiheit bekommen. In diesem Punkt gibt es keine Meinungsverschiedenheiten mit den USA.

Es wäre merkwürdig, wenn gerade die **Sozialdemokratie**, die in den 20er-Jahren die einzige Partei in Deutschland gewesen ist, die die innere Verbindung zwischen den USA und Europa aufrechterhalten hat, diese Gemeinsamkeit aufkündigen würde. Wir haben 1925 die Forderung nach Schaffung der Vereinigten Staaten von

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

- (A) Europa in unser Programm geschrieben. Wenn in Europa das, was die Sozialdemokratie 1925, also ein paar Jahre vor der Hitler-Diktatur, gefordert hat, durchgesetzt worden wäre, dann hätten wir diesem Kontinent und der ganzen Menschheit viel Leid und Schrecken ersparen können.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Schäuble, ich nehme gerne das auf, wovon Sie gesprochen haben: Worin besteht das **innere Band**, das uns verbindet? Wir Deutsche bringen in die Europäische Union die Erfahrung ein, dass man in die Barbarei und in die Diktatur abstürzen kann. Die Länder, die jetzt dazukommen, bringen die Erfahrung mit, dass diejenigen, die die Freiheit wollen, die Diktatur überwinden können. Diese beiden Grundgedanken werden die Klammer sein, die die Europäer in Ost und West miteinander verbindet. Die Sehnsucht nach Freiheit sowie der Kampf gegen die Diktatur und die Unterdrückung sind das innere Band, das die Europäer im Osten und im Westen miteinander verbindet. Das ist der Schatz der historischen Erfahrung und die gemeinsame Grundlage für das neue Europa.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie der Abg. Sabine
Leutheusser-Schnarrenberger [FDP])

- (B) Es gibt noch eine zweite gemeinsame Erfahrung; ich bitte alle, sich diesen qualitativen Sprung vor Augen zu führen. In Art. 1 unserer Verfassung steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das ist die Grundlage für die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Unionsbürgerschaft. Ja, die Zeit der klassischen nationalstaatlichen Souveränität, die an das Territorium und die, wie Carl Schmitt es gesagt hat, an den Nomos der Erde gebunden war, ist glücklicherweise vorbei. Aber wir müssen eine neue Souveränität erarbeiten. Jürgen Habermas hat Recht: Diese neue Souveränität ist die des **postnationalen Denkens**, wodurch die alten Krankheiten des Kontinents, nämlich der Nationalismus, überwunden werden.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Ja, ich komme zum Schluss.

Paul Valéry hat einmal gefragt, was aus diesem Europa einmal werden wird; es sei doch eigentlich ein kleines Vorgebirge des asiatischen Kontinents. Nein, dieses Europa ist, was es wird. Die Menschen wollen, dass dieses Europa ein Entwurf für die Zukunft und ein Laboratorium der Moderne wird. Damit können wir ein neues universales Zusammenleben entwickeln, das etwas anderes ist als Globalisierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Dr. Peter Ramsauer [CDU/
CSU]: Was heißt das im Klartext? So ein
Blödsinn!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Hans-Peter Uhl.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit dem 1. Mai 2004 werden zehn neue Mitgliedstaaten aus Osteuropa sowie Malta und Zypern der Europäischen Union beitreten. Die CDU/CSU begrüßt die Erweiterung der Europäischen Union.

(Beifall bei der CDU/CSU – Peter Dreßen
[SPD]: Hört! Hört!)

Der Osten Europas hat über vier Jahrzehnte lang unter der Sowjetherrschaft gelitten. Jetzt muss endlich politisch stabilisiert werden, was zu uns, nach Europa, heimgeholt wird. Nach einem von Krieg und Spaltung geprägten Jahrhundert können die Völker Europas in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zusammenleben. Die **Osterweiterung** – hier hat Ministerpräsident Teufel mit seiner Formulierung Recht – ist deshalb vor allem eine Stärkung der europäischen Friedensordnung. Sie ist auch eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeit, zu der es überhaupt keine vernünftige Alternative geben kann.

Mit dieser Erweiterung sind aber – das wissen auch Europaeuphoriker – viele Herausforderungen und vor allem viele Verteilungskämpfe verbunden. Bei der Osterweiterung handelt es sich um die größte Erweiterung in der Geschichte der EU; sie hat ganz erhebliche Auswirkungen auf die deutschen Hoheitsrechte. Deshalb fordern wir, die CDU/CSU-Fraktion, dass der Beitrittsvertrag gemäß Art. 79 Grundgesetz im Bundestag und im Bundesrat mit **Zweidrittelmehrheit** ratifiziert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bereits durch die Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Vertrag von Nizza hat Deutschland Hoheitsrechte auf die EU übertragen. Diese Mehrheitsentscheidungen werden jetzt im Beitrittsvertrag rechtsverbindlich festgeschrieben und in einigen Teilen sogar noch geändert. Schon um mögliche Verfahrensfehler bei diesem historischen Schritt der Osterweiterung, den wir alle wollen, zu vermeiden, gilt: Was bei der Nizza-Abstimmung einer Zweidrittelmehrheit bedurfte, muss auch jetzt mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Dies ist der Inhalt unseres Änderungsantrags.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eine unserer größten Herausforderungen liegt im Zusammenwachsen Europas, in der Schaffung einer gemeinsamen **europäischen Identität**. Wie schwierig das Zusammenwachsen von lange Getrenntem ist, wissen wir Deutsche aus eigener Erfahrung am allerbesten. Nahe liegt deswegen die besorgte Frage: Wie soll sich ein Europa, das sich schon mit 15 Mitgliedern oft nicht einigen konnte, mit 25 Mitgliedern verständigen können?

(C)

(D)

Dr. Hans-Peter Uhl

- (A) Vor allem beim Treffen von Nizza wurde das Wiedererstarken nationaler Interessen offenkundig.

(Günter Gloser [SPD]: Nizza liegt doch hinter uns!)

Herr Weisskirchen, mit fortschreitendem Alter müssten Sie auch als glühender Anhänger von Habermas Folgendes erkennen: Die Menschen identifizieren sich zuallererst mit ihrer Heimat und ihrer Nation. Auch wenn es Ihnen Leid tun sollte, so wird es bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Das ist doch kein Gegensatz!)

Deshalb werden die Nationen und die Regionen auch in Zukunft stets die zentralen Elemente einer europäischen Identität bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir Deutsche wollten das lange Zeit nicht wahrhaben; Sie wollen es noch heute nicht wahrhaben. Wir sahen die europäische Integration als bequemen Ausweg aus unserer deutschen Identitätskrise. Die Bundesrepublik wurde von manchen – Sie haben es kurioserweise heute wiederholt – als „postnationales“ Gebilde empfunden. So sagte es Habermas wörtlich; so hat es Herr Weisskirchen heute wiederholt.

(Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Unglaublich!)

- (B) Psychologen würden dies als eine Ersatzhandlung bezeichnen.

Aber es war auch Besserwisseri im Spiel: Die Ursache hierfür liegt im 19. Jahrhundert, als wir Deutsche – Deutschland als verspätete Nation – die Letzten waren, die zum Nationalstaat fanden. Nun wollten wir endlich einmal die Ersten sein, die in Europa ankommen. Diese deutsche Besserwisseri ist hier incidenter im Spiel. Jetzt wundern sich manche Deutsche, warum die europäischen Nachbarn an diesem deutschen Wesen nicht genesen wollten und uns nicht folgen wollen.

(Günter Gloser [SPD]: Wo haben Sie das her?)

Spätestens jetzt, nach der Wiedervereinigung, muss der Bezug zur eigenen Vergangenheit geklärt werden. Gerade für uns Deutsche heißt dies: Die Reduzierung der eigenen Geschichte auf die NS-Zeit reicht für eine gesunde **nationale Identität** nicht aus. Eine solche Identität braucht auch positive Erinnerungen. Bei allem kollektiven Schuldbewusstsein muss es auch ein natürliches nationales Selbstbewusstsein der Deutschen geben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nur durch einen ehrlichen Umgang mit der deutschen Geschichte kann eine europäische Identität entstehen. Das gilt nicht nur für uns. Das gilt auch für die Beitrittskandidaten.

Wir Deutsche bemühen uns seit langem um Versöhnung und um materiellen Ausgleich für das von deutscher Seite verursachte Leid. Seit der Wende versuchen wir mit viel Engagement die offene **sudetendeutsche**

- Frage** zu lösen. Wir hätten in den Beitrittsverhandlungen gute Chancen dafür gehabt. (C)

Aber es war Bundeskanzler Schröder, der bereits 1999 gegenüber dem tschechischen Ministerpräsidenten gesagt hat – ich zitiere –

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Die hat schon Herr Kohl abgeschlossen!)

„dass wir Deutsche uns nicht mehr mit der Vergangenheit belasten wollen und wir deshalb diese Fragen als abgeschlossen betrachten“. Originalton Schröder!

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Das war doch unter Herrn Kohl!)

Heute erzählt uns Außenminister Fischer, dass diese Frage ein – wörtlich – „offener Prozess des Aufeinanderzugehens“ sei.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was ist denn das für eine abstruse Wahrheit?)

Was gilt jetzt? Ist dies eine von Schröder abgeschlossene Frage oder ein offener Prozess?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Meckel?

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Ich möchte jetzt zum Schluss kommen. (D)

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch besser!)

Mit dieser Aussage hat Bundeskanzler Schröder in Wahrheit die Interessen unserer Vertriebenen verraten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach! Unglaublich! Was ist das denn?)

– Herr Fischer, warum brüllen Sie denn so dazwischen?

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie so einen Unfug erzählen!)

Ich habe Ihnen doch gerade einen Widerspruch aufgezeigt. Sie sagen, es sei ein offener Prozess, und Schröder sagt, es sei ein abgeschlossener Prozess.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie werfen Bundeskanzler Schröder vor, er habe die Interessen der Vertriebenen verletzt! Das ist das Allerletzte!)

Wer hat denn hier das Sagen, Sie oder Schröder?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Rudolf Bindig [SPD]: Bayerischer Wahlkampf!)

Eine Diskussion über die **Struktur und die Grenzen Europas** ist jetzt dringender erforderlich denn je. Wir

Dr. Hans-Peter Uhl

- (A) haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt. Von einem handlungsfähigen Staatenbund, von einem Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts, von einer Wirtschafts- und Währungsunion wurde gesprochen. Sind das noch unsere Ziele? Das ist die Frage.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Ich dachte, Sie wollten zum Schluss kommen!)

Ein Mehr an Erweiterung bedeutet zwangsläufig ein Weniger an Vertiefung. Wenn wir weitere 80 Millionen Menschen muslimischen Glaubens aufnehmen – Herr Fischer, Sie wollen das ja –,

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! Zu wenig! 160 Millionen!)

wenn wir die EU, so wie Sie es wollen, vom Atlantik bis hinüber nach Georgien, Armenien, den Iran und den Irak überdehnen,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was ist das für eine Rede?)

werden wir kein europäisches Wir-Gefühl erzeugen.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Kalif der CSU! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Herr Schäuble, ist es eigentlich in Ihrem Sinne, dass eine solche Rede gehalten wird?)

Wir können die **Türkei** nicht aufnehmen. Sie, Herr Fischer, sagen, die Aufnahme der Türkei sei ein wesentlicher Baustein im Kampf gegen den Terrorismus. Da gebe ich Ihnen sogar Recht. Aber wenn Sie sagen, die Europäisierung der Türkei könne sich nur durch eine Vollmitgliedschaft in der EU entwickeln, so ist das einfältig und fantasielos, Herr Fischer.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU – Gernot Erler [SPD]: Sie vertreten ja antiamerikanische Auffassungen!)

Mit dieser Position vertreten Sie mehr türkische als deutsche Interessen. Das ist der Punkt.

Wo wollen wir Europa enden lassen? Unlängst hat Berlusconi vorgeschlagen, Russland in die EU aufzunehmen. Die Ukraine klopft seit langem an. Bald findet sich ein Fürsprecher für die Maghreb-Staaten.

(Rudolf Bindig [SPD]: China nicht vergessen!)

Die EU ist eine Wirtschaftsgemeinschaft und auch eine Wertegemeinschaft, aber deswegen noch lange kein Samariterbund.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Rudolf Bindig [SPD]: Schämen Sie sich nicht für einen solchen Redner?)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege, achten Sie auf Ihre Redezeit.

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Trotz dieser nötigen und eher skeptischen Gedanken zur Europäischen Union sollten wir heute, am Tag der

Zustimmung zur Osterweiterung, die wir alle begrüßen, die neuen Beitrittsländer, vertreten in diesem Saal durch Polen, herzlich willkommen heißen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Die möchten mit einer solchen Rede nichts zu tun haben!)

Deswegen sagen wir: Es muss und wird jetzt zusammenwachsen, was in Europa zusammengehört.

(Beifall bei der CDU/CSU – Rudolf Bindig [SPD]: Pfui! – Günter Gloser [SPD]: Das war die CSU-Quote!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Es gibt eine Kurzintervention des Kollegen Meckel.

Markus Meckel (SPD):

Verehrter Herr Kollege, sind Sie bereit, anzuerkennen, dass das, was Sie soeben dargestellt haben, sehr stark dem widerspricht, was wir heute im Zusammenhang mit dem Beitritt von zehn neuen Staaten in gemeinsamem Geist erklären sollten?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Wortwahl – Sie reden von einer offenen **sudeten-deutschen Frage** – ist in dem Kontext, dass wir in Deutschland in früheren Zeiten von einer offenen deutschen Frage geredet haben, wirklich ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Zum anderen möchte ich Ihnen sehr deutlich sagen, dass ich für richtig halte, was der Bundesaußenminister dargestellt hat: Der Umgang mit der Vergangenheit ist ein offener Prozess, dem wir uns gemeinsam stellen. Gerade das, was der tschechische Ministerpräsident vor wenigen Tagen sehr klar und sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat, ist ein großer und mutiger Schritt in diesem Prozess. Er sagte, dass er die moralische Verantwortung anerkennt und auf diesem Wege voranschreiten will. Dies ist gerade auch für die tschechische Gesellschaft wichtig und bringt sie weiter.

(Beifall bei der SPD)

Davon klar unterschieden – übrigens schon in der von Helmut Kohl mitgetragenen Deutsch-Tschechischen Erklärung aus dem Jahre 1997 – ist die Rechtsfrage. Rechtsfragen sind hier nicht mehr offen. Sie müssen abgeschlossen sein. Auch dies hat der tschechische Ministerpräsident in aller Klarheit gesagt: Aus den damaligen Dekreten folgen heute keine neuen Rechtsakte mehr. Ich denke, dies ist eine klare Aussage.

Übrigens hat der tschechische Präsident schon im März gesagt, dass er die Vertreibungen aus heutiger Sicht für inakzeptabel und für Unrecht hält. Ihr Parteikollege Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlamentes, hat dies für die vom Europäischen Parlament erwartete Erklärung gehalten.

Markus Meckel

- (A) Ich möchte Sie fragen: Sind Sie bereit, diesen Prozess anzuerkennen und klar zwischen moralischer Verantwortung und Rechtsakten zu unterscheiden?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Herr Kollege Meckel, da Sie den Europaparlamentarier Brok zitieren, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass es eine Aufforderung des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 1999 gibt, fortbestehende Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 1946 – also die Benes-Dekrete – aufzuheben, soweit sie sich auf die Vertriebung von einzelnen Volksgruppen aus der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen. Das ist die Position des Europäischen Parlaments.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hier wird nun moralisch argumentiert. Es wird gesagt, dass hier Unrecht geschehen ist. Da fragen wir uns und vor allem die Vertriebenen sich doch zu Recht, warum aus diesem moralischen Unwerturteil nicht auch die rechtlichen Konsequenzen gezogen werden können. Dazu ist das Parlament der Tschechei bisher nicht bereit. Dies allein fordern wir ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist
doch peinlich! Unglaublich!)

- (B) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**
Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die PDS im Bundestag hat die EU-Osterweiterung immer grundsätzlich befürwortet – im Unterschied zur Osterweiterung der NATO, die wir für falsch hielten und weiterhin halten.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Das Ob der EU-Osterweiterung war daher nicht unsere Frage, wohl aber das Wie: Wie soll der Beitritt neuer EU-Länder vollzogen werden? Wie und wohin soll sich die Union insgesamt entwickeln?

Die PDS hat immer dafür geworben, dass die EU eine demokratische Sozialunion mit einer friedensbewahrenden Außen- und Sicherheitspolitik wird. In diesem Sinne hat auch die PDS-Abgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann für die Europäische Linke im Konvent agiert.

Der Konvent hat den Entwurf einer EU-Verfassung vorgelegt. Das ist gebührend gefeiert worden. Wichtiger ist meines Erachtens etwas ganz anderes. Deshalb begrüße ich, dass nach der PDS nun auch die FDP-Fraktion **Volksabstimmungen** über die künftige EU-Verfassung fordert.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

- Nur so können Bürgerinnen und Bürger die erweiterte EU erschließen und in ihr von Anfang an mitbestimmen. Wer eine erweiterte EU will, der muss auch für diese werben, nicht nur bei fernen Fototerminen, sondern daheim im Alltag. (C)

De facto geschieht allerdings im Moment das Gegenteil. Nehmen wir nur den Metallstreik der letzten Wochen. Es ging um die Angleichung der Lebensverhältnisse Ost an die im Westen. Die Botschaft an die Streikenden war: Wenn ihr aufmuckt, dann wandern die Arbeitsplätze weiter gen Ost. So wird die osterweiterte EU als Drohung aufgebaut und nicht als Chance, auch für die ostdeutschen Länder.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Zu den Ängsten gehört auch die Frage, ob und wie strukturschwache Gebiete in den neuen Bundesländern durch die EU künftig noch gefördert werden; denn allein dadurch, dass die erweiterte EU noch größere Problemregionen kennt, werden die Sorgen zwischen Thüringen und Rügen nicht kleiner. Die Arbeitsminister in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, Harald Wolf und Helmut Holter, haben deshalb ein **Innovationsprogramm** für die neuen Bundesländer vorgestellt. Es ist ein Diskussionsangebot der PDS, wie die neuen Bundesländer wirtschaftlich gestärkt und sozial stabilisiert werden können, auch und gerade vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung. Die Reaktion der Bundesregierung darauf: bislang Null. Ich sage: arrogant Null.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun komme ich noch zu dem seit gestern Abend vorliegenden Antrag der CDU/CSU. Er trägt die Überschrift „Bundesgrenzschutz für die EU-Osterweiterung tauglich machen“. Mit ihm sollen die Sicherheit der Bürger gewahrt und der Schutz vor Kriminalität erhöht werden. So weit, so gut; denn wer in diesem Hause will das nicht? Dann aber kommt das ganze Arsenal der sattsam bekannten bayrischen Instrumente. CDU und CSU wollen den **Bundesgrenzschutz** hochrüsten und seine Befugnisse ausweiten. Sie verdächtigen noch mehr Menschen ohne Anlass, sie schüren das Misstrauen gegen alle, die nicht deutsch aussehen, sie fordern Sondereinsatzrechte auf Flughäfen und Bahnhöfen und sie wollen noch mehr überwachen, im Inland und EU-weit. Sie streben eine europäische Sicherheitsordnung an, die nach allen bisherigen Regelungen weder demokratisch legitimiert noch parlamentarisch kontrollierbar ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist Ihnen eigentlich schon einmal aufgefallen, dass Sie namens der EU-Osterweiterung Grenzregimes und Zustände fordern, die Sie zu Ostblockzeiten zu Recht scharf kritisiert haben? Die PDS im Bundestag lehnt das jedenfalls, auch aus Erfahrung klug geworden, ab.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Mein Schlusssatz: Die EU-Osterweiterung naht mit Riesenschritten. Sie darf für die Bürgerinnen und Bürger

Petra Pau

- (A) nicht hereinbrechen oder über sie kommen, sie muss willkommen sein. Dafür gilt es aber, erheblich mehr und anderes zu tun, als bisher, auch durch dieses Parlament, getan wurde. Zugleich darf die EU-Osterweiterung nicht für Interessen missbraucht werden, die einer friedliebenden demokratischen und sozialen EU entgegenwirken.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben noch zwei kürzere Redebeiträge und eine Erklärung zur Abstimmung. Ich bitte Sie, den Lärmpegel ein bisschen zu senken, damit man die Redner verstehen kann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dietmar Nietan.

Dietmar Nietan (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss aufpassen, wenn man Wörter wie „historisch“ bemüht, aber ich glaube, wir erleben jetzt im Bundestag schon eine besondere Stunde. Endlich – ich glaube, ich kann das für alle hier im Hause betonen – sind wir so weit, dass wir mit frohem Herzen der Erweiterung der Europäischen Union zustimmen können. Ich glaube, das ist wirklich ein **historischer Moment**.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der
CDU/CSU)

- (B) Es ist natürlich immer schwierig, einem solchen historischen Moment gerecht zu werden. Ich glaube, der Kollege Gert Weisskirchen hat mit seiner Rede gezeigt, wie man das machen kann. Gert, dir ein herzliches Dankeschön dafür. Das war die Rede eines überzeugten Europäers, aus dem Herzen heraus. Ich finde, solche Reden braucht das Parlament viel öfter.

(Beifall bei der SPD)

Was wir in einer solchen historischen Debatte nicht brauchen, sind rückwärts gewandte Reden. Ich möchte keine parteipolitische Schärfe in die Diskussion hineinbringen, aber dass der Kollege Schäuble in einer solchen historischen Stunde in seiner Rede das Hauptaugenmerk darauf richtet, uns allen zu erklären, was er damals mit Kerneuropa gemeint hat, und dass er der Meinung ist, zum zigstenmal aufwärmen zu müssen, was wir mit den Amerikanern angestellt haben, ist für Sie vielleicht befriedigend, es ist aber nicht das, was wir brauchen: Wir müssen in Europa nach vorne sehen. Sie haben mich mit Ihrer Rede – das sage ich sehr deutlich – enttäuscht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Rede des Kollegen Uhl, der über eine gesunde nationale Identität und von einer offenen **sudetendeutschen Frage** gesprochen hat, muss ich Ihnen sagen: Was wir von der Union bisher in dieser Debatte gehört haben, ist dem Anlass nun wirklich nicht angemessen, den wir hier feiern, nämlich die Erweiterung Europas und die Rückkehr von Staaten nach Europa, die

durch den Eisernen Vorhang gegen ihren Willen von Europa getrennt waren. Lassen Sie uns gemeinsam nach vorne sehen. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle möchte ich allen Ländern, die nun beitreten, ein ausdrückliches Dankeschön sagen, insbesondere aber den Ländern, die aus dem ehemaligen Ostblock kommen. Sie haben uns in den letzten 13 Jahren vorgemacht, was es heißt, wirkliche Reformen zu bestehen, was es heißt, schmerzliche Einschnitte zu machen, die auch die Bevölkerung treffen, um für Europa fit zu sein. Sie haben die wirkliche Leistung vollbracht. Ihnen schulden wir Dank, dass sie zu uns kommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich stellvertretend für die vielen Menschen, die darum gekämpft haben, den Einigungsprozess zu einem guten Ende zu bringen, eine Person herausstellen; bitte sehen Sie mir das nach. Wir haben mit **Günter Verheugen** einen Kommissar nach Brüssel geschickt, der in wirklich hervorragender Manier diese EU-Erweiterung vorangebracht hat und der mit seiner ihm eigenen Art alles getan hat, um geräuschlos und am Ende mit einem guten Kompromiss die Erweiterung schnell voranzubringen. Das erfüllt mich mit Stolz. Lieber Herr Kommissar Verheugen, ich glaube, ich kann Ihnen auch im Namen des ganzen Bundestages ein herzliches Dankeschön für das sagen, was Sie für Europa getan haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) (D)

Lassen Sie uns also nach vorne schauen. Lassen Sie uns erkennen, welche große Chance diese erweiterte Europäische Union bietet. Lassen Sie uns überlegen, ob wir nicht auch bei uns etwas ändern müssen. Ein Beitritt bedeutet nicht einfach nur einen Beitritt zu einem bestehenden Gebilde – ich glaube, das hätten wir aus der deutschen Wiedervereinigung lernen müssen –, sondern bedeutet, dass Europa eine neue Qualität bekommt, dass auch wir uns ändern müssen, dass auch wir bereit sein müssen, von unseren neuen Mitbürgern in der Europäischen Union ernsthaft zu lernen und nicht als Schulmeister des alten Westens aufzutreten. Ich glaube, wir können eine Menge von den Beitrittsstaaten lernen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Durch die Erweiterung haben wir die große Chance, dafür zu sorgen, dass Europa ein starkes Europa wird. Wenn wir von einem starken Europa sprechen, dann ist diese Formulierung nicht gegen die USA gerichtet, wie man es uns vonseiten der Union immer wieder einreden will. Nein, wer starke transatlantische Beziehungen will, braucht ein starkes und großes Europa. Auch für die transatlantische Partnerschaft ist die EU-Erweiterung ein wichtiger Meilenstein. Es liegt an uns, das sinnvoll zu nutzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dietmar Nietan

- (A) Wenn ich davon gesprochen habe, dass wir uns ändern müssen, dann heißt das auch, zu überdenken, wie wir gemeinsam mit den neuen Partnern **neue Impulse** und neue Schwerpunkte in der neuen Europäischen Union setzen können. Ich bin sehr froh darüber, dass der französische Staatspräsident, der polnische Präsident und der Bundeskanzler in Breslau im Rahmen des Weimarer Dreiecks deutlich gemacht haben, dass Deutschland und Frankreich im neuen Europa die anderen nicht vergessen wollen. Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern Europa gestalten. Deshalb ist die Initiative „Weimarer Dreieck“ eine wichtige und weitsichtige Initiative, die entstanden ist, weil sich Hans-Dietrich Genscher dafür eingesetzt hat. Wir sollten dieses **Weimarer Dreieck** nutzen, um Europa weiterzubringen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im neuen Europa liegt die Bundesrepublik Deutschland in der Mitte. Sie liegt in der Mitte eines Europas, das die Teilung des Kontinents durch den Kalten Krieg endlich beendet hat. Ich glaube, daraus erwächst die Verantwortung, zusammen mit unseren neuen europäischen Partnern die Zukunft zu gestalten. In diesem Sinne wünsche ich dem neuen Europa: Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat der Abgeordnete Michael Stübgen.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Stübgen (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Ratifizierung der Gesetze zum Beitritt von zehn mittel- und osteuropäischen Ländern zur Europäischen Union haben wir den Höhepunkt eines 13 Jahre währenden **europäischen Prozesses** erreicht. Er begann 1990 mit dem Abschluss von Assoziierungsabkommen mit einigen mittel- und osteuropäischen Ländern. 1993 wurden die so genannten Kopenhagener Kriterien, das heißt die Voraussetzungen für den Beitritt weiterer Länder zur Europäischen Union, definiert. Der Europäische Rat von Luxemburg hat 1997 beschlossen, dass mit sechs Kandidatenländern Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. 1999 hat der Europäische Rat in Helsinki beschlossen, mit den sechs weiteren Kandidatenländern Beitrittsverhandlungen zu beginnen. Im Jahre 2002 wurden die Beitrittsverhandlungen mit zehn Kandidatenländern abgeschlossen. Im nächsten Jahr, 2004, wird es Wahlen zum Europäischen Parlament in 25 europäischen Ländern geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Europäische Union in der Lage war, diesen langen Prozess, in dem in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union Regierungen gewechselt haben, erfolgreich abzuschließen, ist ein Reifezeugnis für die Europäische Union.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (C) Ich sage das insbesondere deshalb, weil sich die Europäische Union in diesem Jahr bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bedauerlicherweise als noch nicht reif genug gezeigt hat.

In diesem Zusammenhang ist es mir wichtig zu erwähnen, dass der Abschluss dieses Prozesses auch ein Beispiel für die **Solidarität innerhalb der Europäischen Union** ist; denn nicht nur Länder wie Deutschland, das aufgrund seiner langen Grenze nach Mittel- und Osteuropa geradezu ein existenzielles Interesse an einem Beitrittsprozess hat, haben dieses Projekt unterstützt, sondern auch westeuropäische Länder wie Irland, Frankreich, Spanien und Portugal haben dies getan und unterstützen den Prozess weiterhin. Dies sind Länder, die in ihren Grenzgebieten zum großen Teil ganz andere Probleme haben.

In diesem Zusammenhang müssen die enormen Leistungen, die die Kandidatenländer in den letzten Jahren vollbracht haben, ganz besonders erwähnt werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Beitrittsländer mussten die schwierigen so genannten Kopenhagener Kriterien erfüllen, den äußerst komplexen und komplizierten Acquis communautaire übernehmen und implementieren und zum Teil drastische Reformen in der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der Verwaltung durchführen. Es gab in diesen Ländern Irrungen und Wirrungen. Es gab dort Wahlergebnisse mit erdrutschartigen Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse. Trotzdem haben diese Länder, haben deren Regierungen, deren Politiker, an dem Beitrittsprozess festgehalten. Die Referenden in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern zum Beitritt zeigen auch deutlich, dass dies keine Politik ausschließlich von Politikern, sondern der Bürger dieser Länder ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zum vorläufigen Abschluss dieses Beitrittsprozesses möchte ich auf den Europäischen Rat von Thessaloniki am vergangenen Wochenende hinweisen. Mir persönlich – ich glaube, auch der großen Mehrheit dieses Hauses – wäre es lieber gewesen, wenn es möglich gewesen wäre, die Beitrittsurkunden von Bulgarien und Rumänien schon heute zu ratifizieren. Aber ich glaube, der Europäische Rat am vergangenen Wochenende hat sehr deutlich gemacht, dass wir alles dafür tun müssen und alles dafür tun werden, dass die Verhandlungen mit den beiden Ländern im Jahre 2004 abgeschlossen werden können und dass diese beiden Länder spätestens im Jahre 2007 Vollmitglieder der Europäischen Union sein werden.

(Beifall des Abg. Markus Meckel [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch auf ein Thema zu sprechen kommen, das in dieser Debatte gelegentlich schon eine Rolle gespielt hat. Es geht um die **gesetzliche Grundlage**, auf der wir dieses Gesetz jetzt verabschieden wollen.

Es gibt Dinge, die sich mit unterschiedlichem Vorzeichen wiederholen. 1994, als der Deutsche Bundestag die Beitrittsverträge mit drei EFTA-Staaten ratifiziert hat,

(D)

Michael Stübgen

- (A) hat die SPD als Opposition verlangt, dass diese Ratifizierung mit einer verfassungsändernden Mehrheit erfolgen muss. Die Koalition von CDU/CSU und FDP hat für die einfache Mehrheit votiert.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Wir haben keinen Antrag gestellt!)

Heute schlägt die rot-grüne Bundesregierung vor, dieses Gesetz mit einer einfachen Mehrheit zu verabschieden. Die CDU/CSU ist für eine Abstimmung nach Art. 23 Grundgesetz.

Ich selber befinde mich in einer etwas skurrilen Situation, weil ich vor neun Jahren im Bundestag die Position der CDU/CSU vertreten habe, die heute die Position der SPD ist.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unglaublich!)

Deshalb will ich Ihnen kurz erläutern, warum ich unserem Antrag zustimme und dies vor neun Jahren wahrscheinlich auch hätte tun sollen.

(Lachen des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

– Hören Sie mir zu, dann werden Sie merken, dass ich Recht habe.

Erstens. Wir können hier und heute nicht zweifelsfrei feststellen, welche Rechtsgrundlage bei der Verabschiedung dieses Gesetzes zu berücksichtigen ist. Deshalb ist es richtig, den absolut sicheren Weg über Art. 23 des Grundgesetzes zu gehen, auch wenn er möglicherweise nicht zwingend notwendig ist.

(B)

Zweitens. Da sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat überhaupt keine Gefahr besteht, dass die notwendige Zweidrittelmehrheit für dieses Gesetz nicht zustande kommen wird – das Ergebnis wird noch weit höher ausfallen –, sollten wir es auch auf dieser Grundlage verabschieden.

Drittens – das ist für mich der wichtigste Punkt –: Ich denke, dass wir als Deutscher Bundestag mit der Ratifizierung dieses Gesetzes nach Art. 23 Grundgesetz das klare, deutliche, stabile und positive Signal zu unseren europäischen Partnern senden würden, dass wir als Deutscher Bundestag es uns leisten können, solche Gesetze mit verfassungsändernder Mehrheit zu verabschieden, und dass das deutsche Parlament unabhängig von allen innenpolitischen Auseinandersetzungen keinen Zweifel an seiner europäischen Ausrichtung lässt; das galt für gestern, das gilt für heute und das gilt für morgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt keinen Grund, unserem Antrag nicht zuzustimmen, es gibt aber viele Gründe, unserem Antrag zuzustimmen. Darum bitte ich Sie.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

(C)

Ich schließe damit die Aussprache.

Zur Abstimmung zum Entschließungsantrag der CDU/CSU liegt eine schriftliche Erklärung des Abgeordneten Singhammer¹⁾ vor. Zur namentlichen Abstimmung liegen schriftliche Erklärungen von den Abgeordneten Fromme²⁾ und Jüttner³⁾ vor. Frau Kollegin Steinbach möchte eine mündliche Erklärung zur namentlichen Abstimmung abgeben.

Erika Steinbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Deutsche Bundestag beschließt heute in einem Gesamtpaket über die Erweiterung der Europäischen Union. Der Beitritt zur Europäischen Union ist für jedes der zehn Länder an Kriterien geknüpft, die zuvor erfüllt sein müssen. Zu diesen Voraussetzungen gehört auch die Beachtung der **Menschenrechte**.

Ich stelle fest, dass nicht alle Beitrittsländer die Menschenrechtsnormen erfüllt haben. Nach wie vor gibt es in vier Ländern Vertreibungs- und Entrechtungsgesetze, deren Auswirkungen bis zum heutigen Tage – es gibt aktuelle Urteile – zu spüren sind. Diese Gesetze widersprechen den Menschenrechten, dem Völkerrecht und den Kriterien von Kopenhagen. Die Europäische Kommission hat in ihren Beitrittsberichten bewusst darüber hinweggesehen. Die Bundesregierung hat dem leider nicht entgegen gewirkt, sondern diese Haltung sogar noch gestützt. Das ist fahrlässig.

Wer Menschenrechte nicht nur als wohlfeile Vokabel in Sonntagsreden verwendet und ihnen im konkreten Einzelfall dann, wenn es möglich ist, nicht zum Durchbruch verhilft, vergeht sich an den Menschenrechten.

(D)

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schwer erträglich!)

– Herr Außenminister, halten Sie an sich. – Wohin das führt, haben wir insbesondere am Beispiel der Tschechischen Republik seit Monaten in Ohr und Augen. Ein Mann wie **Benes**, der die Verantwortung für Mord, Zwangsarbeit und Vertreibung von Millionen Menschen zu verantworten hatte, wird wenige Tage vor dieser Abstimmung zur europäischen Erweiterung, im Jahre 2003, sozusagen zum Volkshelden erklärt. Das ist mir unerträglich.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unerträglich ist diese Rede!)

Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Wertegemeinschaft. Es schadet ihr in der Substanz, wenn menschenrechtsfeindliche Gesetze als Morgengabe eingebracht werden und nicht einmal der gute Wille zur Heilung der Wunden erkennbar ist. Das Versagen in dieser Frage liegt zum überwiegenden Teil – das sage ich ausdrücklich – nicht bei den Beitrittsländern, sondern bei der Europäischen Kommission. Sie

¹⁾ Anlage 4

²⁾ Anlage 5

³⁾ Anlage 6

Erika Steinbach

- (A) hat die Menschenrechte nicht mit dem nötigen Nachdruck durchgesetzt und dadurch den Eindruck vermittelt, dass alles in bester Ordnung sei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Ganze ist ein Unsinn!)

Wir brauchen ein versöhntes Europa, in dem die vielen Völker friedvoll miteinander leben können;

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich muss mir das nicht anhören! – Gegenrufe von der CDU/CSU: Gehen Sie doch raus!)

denn unsere europäischen Völker leben bewusst und unbewusst auf einem gemeinsamen kulturellen Fundament.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Kommission Vorhaltungen zu machen ist das Allerletzte!)

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind für unsere Völker sehr eng miteinander verwoben. Europa endet – das wissen wir alle – nicht an Oder, Neiße oder im Bayerischen Wald. Günter Grass und der polnische Journalist Adam Michnik haben in großer Einheit festgestellt, dass **historische Versöhnung** nicht stattfinden kann, wenn düstere Kapitel der Vergangenheit tabuisiert werden. Aber genau das ist im Beitrittsverfahren geschehen.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

- (B) Frau Kollegin, Sie müssen Ihr Abstimmungsverhalten begründen, keine Rede halten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erika Steinbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin, das ist meine Begründung.

(Zuruf von der SPD: Ziemlich peinlich!)

Da wir heute mit nur einem einzigen Votum über alle Beitrittskandidaten, auch über die nicht davon betroffenen Länder beschließen, werde ich der Vorlage mit diesem eben angebrachten Vorbehalt zustimmen.

(Ute Kumpf [SPD]: Unglaublich!)

Ich danke gleichzeitig der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass sie die **Defizite** in einem Entschließungsantrag benannt hat.

(Peter Dreßen [SPD]: Das ist unehrlich, was Sie machen! – Gernot Erler [SPD]: Das ist nicht mehr zu ertragen!)

Ich schließe die Hoffnung an, dass trotz der Defizite in allen betroffenen Ländern ein wirklicher Heilungsprozess einsetzen möge. Die Menschen unserer Nachbarländer sind mir herzlich willkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dietmar Nietan [SPD]: Dass sie klatschen, ist wirklich ein Skandal!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

(C)

Es liegen noch zwei schriftliche Erklärungen zur Abstimmung von den Abgeordneten Götzer¹⁾ und Rupperecht²⁾ vor, die wir auch zu Protokoll nehmen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1300, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU vor, über den wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag der CDU/CSU-Fraktion auf Drucksache 15/1358? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU/CSU und der FDP abgelehnt worden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung. Es wurde verlangt, über den Gesetzentwurf namentlich abzustimmen. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen.

Ich eröffne die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich jetzt die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen und teile mit, dass sich die Abgeordneten Matthias Sehling und Beatrix Philipp³⁾ der Erklärung der Abgeordneten Steinbach angeschlossen haben und dass es persönliche Erklärungen zur Abstimmung von den Abgeordneten Fischer (Karlsruhe-Land), Wellenreuther und Bellmann⁴⁾ gibt. Sie wurden nach der Abstimmung über den Entschließungsantrag der CDU/CSU abgegeben.

(D)

Bis zum Vorliegen des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 14.29 bis 14.35 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das wichtige Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union bekannt. Abgegebenen Stimmen 580. Mit Ja haben gestimmt 575.

¹⁾ Anlage 9

²⁾ Anlage 10

³⁾ Anlage 7

⁴⁾ Anlage 8

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)	Endgültiges Ergebnis				
	Abgegebene Stimmen:	580;	Renate Gradistanac	Dr. Elke Leonhard	Karsten Schönfeld
	davon		Angelika Graf (Rosenheim)	Eckhart Lewering	Wilfried Schreck
	ja:	575	Dieter Grasedieck	Götz-Peter Lohmann	Ottmar Schreiner
	nein:	1	Monika Griefahn	Gabriele Lösekrug-Möller	Gerhard Schröder
	enthaltene:	4	Kerstin Griese	Erika Lotz	Gisela Schröter
			Gabriele Groneberg	Dr. Christine Lucyga	Brigitte Schulte (Hameln)
			Achim Großmann	Dirk Manzewski	Reinhard Schultz
			Wolfgang Grothaus	Tobias Marhold	(Everswinkel)
			Karl Hermann Haack	Lothar Mark	Swen Schulz (Spandau)
			(Extertal)	Caren Marks	Dr. Angelica Schwall-Düren
			Hans-Joachim Hacker	Christoph Matschie	Dr. Martin Schwanholz
			Bettina Hagedorn	Hilde Mattheis	Rolf Schwanitz
			Klaus Hagemann	Markus Meckel	Erika Simm
			Alfred Hartenbach	Ulrike Mehl	Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
			Michael Hartmann	Petra-Evelyne Merkel	Dr. Cornelia Sonntag-
			(Wackernheim)	Ulrike Merten	Wolgast
			Anke Hartnagel	Angelika Mertens	Wolfgang Spanier
			Nina Hauer	Ursula Mogg	Dr. Margrit Spielmann
			Hubertus Heil	Michael Müller (Düsseldorf)	Jörg-Otto Spiller
			Reinhold Hemker	Christian Müller (Zittau)	Dr. Ditmar Staffelt
			Rolf Hempelmann	Gesine Mulhaupt	Ludwig Stiegler
			Dr. Barbara Hendricks	Franz Müntefering	Rolf Stöckel
			Gustav Herzog	Dr. Rolf Mützenich	Christoph Strässer
			Petra Heß	Volker Neumann (Bramsche)	Rita Streb-Hesse
			Monika Heubaum	Dietmar Nietan	Dr. Peter Struck
			Gabriele Hiller-Ohm	Dr. Erika Ober	Joachim Stünker
			Stephan Hilsberg	Holger Ortel	Jörg Tauss
			Gerd Höfer	Heinz Paula	Jella Teuchner
			Jelena Hoffmann (Chemnitz)	Johannes Pflug	Dr. Gerald Thalheim
			Walter Hoffmann	Joachim Poß	Wolfgang Thierse
			(Darmstadt)	Dr. Wilhelm Priesmeier	Franz Thönnes
			Iris Hoffmann (Wismar)	Florian Pronold	Hans-Jürgen Uhl
			Frank Hofmann (Volkach)	Dr. Sascha Raabe	Rüdiger Veit
			Eike Hovermann	Karin Rehbock-Zureich	Simone Violka
			Klaas Hübner	Gerold Reichenbach	Jörg Vogelsänger
			Christel Humme	Dr. Carola Reimann	Ute Vogt (Pforzheim)
			Lothar Ibrügger	Christel Riemann-	Dr. Marlies Volkmer
			Brunhilde Irber	Hanewinkel	Hans Georg Wagner
			Renate Jäger	Walter Riester	Hedi Wegener
			Jann-Peter Janssen	Reinhold Robbe	Andreas Weigel
			Johannes Kahrs	René Röspel	Reinhard Weis (Stendal)
			Ulrich Kasparick	Dr. Ernst Dieter Rossmann	Petra Weis
			Dr. h.c. Susanne Kastner	Karin Roth (Esslingen)	Gunter Weißerber
			Ulrich Kelber	Michael Roth (Heringen)	Matthias Weisheit
			Hans-Peter Kemper	Gerhard Rübenkönig	Gert Weisskirchen
			Klaus Kirschner	Ortwin Runde	(Wiesloch)
			Hans-Ulrich Klose	Marlene Rupprecht	Dr. Ernst Ulrich von
			Astrid Klug	(Tuchenbach)	Weizsäcker
			Dr. Heinz Köhler (Coburg)	Thomas Sauer	Jochen Welt
			Walter Kolbow	Anton Schaaf	Dr. Rainer Wend
			Fritz Rudolf Körper	Axel Schäfer (Bochum)	Lydia Westrich
			Karin Kortmann	Gudrun Schaich-Walch	Inge Wettig-Danielmeier
			Rolf Kramer	Rudolf Scharping	Dr. Margrit Wetzel
			Anette Kramme	Bernd Scheelen	Andrea Wicklein
			Ernst Kranz	Dr. Hermann Scheer	Jürgen Wieczorek (Böhlen)
			Nicolette Kressl	Siegfried Scheffler	Heidemarie Wieczorek-Zeul
			Volker Kröning	Horst Schild	Dr. Dieter Wiefelspütz
			Angelika Krüger-Leißner	Otto Schily	Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
			Dr. Hans-Ulrich Krüger	Horst Schmidbauer	Engelbert Wistuba
			Horst Kubatschka	(Nürnberg)	Barbara Wittig
			Ernst Küchler	Ulla Schmidt (Aachen)	Dr. Wolfgang Wodarg
			Helga Kühn-Mengel	Silvia Schmidt (Eisleben)	Verena Wohlleben
			Ute Kumpf	Dagmar Schmidt (Meschede)	Waltraud Wolff
			Dr. Uwe Küster	Wilhelm Schmidt (Salzgitter)	(Wolmirstedt)
			Christine Lambrecht	Heinz Schmitt (Landau)	Heidi Wright
			Christian Lange (Backnang)	Carsten Schneider	Uta Zapf
			Christine Lehder	Walter Schöler	Manfred Helmut Zöllmer
			Waltraud Lehn	Olaf Scholz	Dr. Christoph Zöpel

Ja**SPD**

Dr. Lale Akgün

Gerd Andres

Ingrid Arndt-Brauer

Rainer Arnold

Hermann Bachmaier

Ernst Bahr (Neuruppin)

Doris Barnett

Dr. Hans-Peter Bartels

Eckhardt Barthel (Berlin)

Klaus Barthel (Starnberg)

Sören Bartol

Sabine Bätzing

Uwe Karl Beckmeyer

Klaus Uwe Benneter

Dr. Axel Berg

Ute Berg

Hans-Werner Bertl

Petra Bierwirth

Rudolf Bindig

Lothar Binding (Heidelberg)

Kurt Bodewig

Gerd Friedrich Bollmann

Klaus Brandner

(B) Willi Brase

Bernhard Brinkmann

(Hildesheim)

Hans-Günter Bruckmann

Edelgard Bulmahn

Marco Bülow

Ulla Burchardt

Dr. Michael Bürsch

Hans Martin Bury

Hans Büttner (Ingolstadt)

Marion Caspers-Merk

Dr. Peter Danckert

Dr. Herta Däubler-Gmelin

Karl Diller

Martin Dörmann

Peter Dreßen

Detlef Dzembritzki

Sebastian Edathy

Siegfried Ehrmann

Hans Eichel

Marga Elser

Gernot Erler

Petra Ernstberger

Karin Evers-Meyer

Annette Faße

Elke Ferner

Gabriele Fograscher

Rainer Fornahl

Gabriele Frechen

Dagmar Freitag

Lilo Friedrich (Mettmann)

Iris Gleicke

Günter Gloser

Uwe Göllner

(C)

(D)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

- | | | | | | |
|-----|---|--|--|---|-----|
| (A) | CDU/CSU
Ulrich Adam
Ilse Aigner
Peter Altmaier
Dietrich Austermann
Norbert Barthle
Dr. Wolf Bauer
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Otto Bernhardt
Dr. Rolf Bietmann
Clemens Binninger
Renate Blank
Peter Bleser
Antje Blumenthal
Dr. Maria Böhmer
Jochen Borchert
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Klaus Brähmig
Dr. Ralf Brauksiepe
Helge Braun
Monika Brüning
Georg Brunnhuber
Verena Butalikakis
Hartmut Büttner
(Schönebeck)
Cajus Caesar
Manfred Carstens (Emstek)
Peter H. Carstensen
(Nordstrand)
Gitta Connemann
Leo Dautzenberg
Hubert Deittert
Albert Deß
Alexander Dobrindt
Vera Dominke
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Maria Eichhorn
Rainer Eppelmann
Anke Eymmer (Lübeck)
Georg Fahrenschohn
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust
Albrecht Feibel
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-
Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Jürgen Gehb
Norbert Geis
Roland Gewalt | Eberhard Gienger
Georg Girisch
Ralf Göbel
Tanja Gönner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Kurt-Dieter Grill
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Karl-Theodor Freiherr von
und zu Guttenberg
Olav Gutting
Holger Haibach
Gerda Hasselfeldt
Klaus-Jürgen Hedrich
Helmut Heiderich
Ursula Heinen
Siegfried Helias
Uda Carmen Freia Heller
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Bernd Heynemann
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Robert Hochbaum
Klaus Hofbauer
Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Susanne Jaffke
Bartholomäus Kalb
Steffen Kampeter
Irmgard Karwatzki
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Bad
Dürkheim)
Volker Kauder
Gerlinde Kaupa
Eckart von Klaeden
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Kristina Köhler (Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Norbert Königshofen
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Rudolf Kraus
Michael Kretschmer
Günther Krichbaum
Günter Krings
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Werner Kuhn (Zingst)
Dr. Norbert Lammert
Barbara Lanzinger
Karl-Josef Laumann
Vera Lengsfeld
Werner Lensing
Peter Letzgas
Ursula Lietz
Walter Link (Diepholz)
Eduard Lintner
Dr. Klaus W. Lippold
(Offenbach)
Patricia Lips | Dr. Michael Luther
Dorothee Mantel
Erwin Marschewski
(Recklinghausen)
Stephan Mayer (Altötting)
Conny Mayer (Baiersbrunn)
Dr. Martin Mayer
(Siegersbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Friedrich Merz
Laurenz Meyer (Hamm)
Doris Meyer (Tapfheim)
Maria Michalk
Hans Michelbach
Klaus Minkel
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Gerd Müller
Hildegard Müller
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Claudia Nolte
Günter Nooke
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Melanie Obwald
Rita Pawelski
Dr. Peter Paziorek
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Dr. Friedbert Pflüger
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Helmut Rauber
Peter Rauen
Christa Reichard (Dresden)
Katherina Reiche
Hans-Peter Reppnik
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Hannelore Roedel
Franz-Xaver Romer
Dr. Klaus Rose
Kurt J. Rossmanith
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Volker Rühle
Albert Rupprecht (Weiden)
Peter Rzepka
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Hartmut Schauerte
Andreas Scheuer
Georg Schirmbeck
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Andreas Schmidt (Mülheim)
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Wilhelm Josef Sebastian
Horst Seehofer | Kurt Segner
Matthias Sehling
Heinz Seiffert
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Erika Steinbach
Christian von Stetten
Gero Storjohann
Andreas Storm
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Thomas Strobl (Heilbronn)
Magdalene Strothmann
Michael Stübgen
Antje Tillmann
Edeltraut Töpfer
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Uwe Vogel
Andrea Astrid Voßhoff
Gerhard Wächter
Marko Wanderwitz
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Ingo Wellenreuther
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Matthias Wissmann
Werner Wittlich
Dagmar Wöhrl
Elke Wülfing
Wolfgang Zeitlmann
Willi Zylajew | (C) |
| (B) | | | BÜNDNIS 90 / DIE
 GRÜNEN
Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Matthias Berninger
Grietje Bettin
Alexander Bonde
Ekin Deligöz
Dr. Thea Dückert
Jutta Dümpe-Krüger
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Joseph Fischer (Frankfurt)
Katrin Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Winfried Hermann
Antje Hermenau
Peter Hettlich
Ulrike Höfken
Thilo Hoppe
Michaele Hustedt
Fritz Kuhn
Renate Künast
Undine Kurth (Quedlinburg)
Markus Kurth
Dr. Reinhard Loske
Anna Lührmann
Jerzy Montag | (D) | |

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)	Kerstin Müller (Köln) Winfried Nachtwei Friedrich Ostendorff Simone Probst Claudia Roth (Augsburg) Krista Sager Christine Scheel Irmingard Schewe-Gerigk Rezzo Schlauch Werner Schulz (Berlin) Petra Selg Ursula Sowa Rainder Steenblock Silke Stokar von Neuforn Hans-Christian Ströbele Marianne Tritz Hubert Ulrich Dr. Antje Vogel-Sperl Dr. Antje Vollmer Dr. Ludger Volmer Josef Philip Winkler Margareta Wolf (Frankfurt)	FDP Daniel Bahr (Münster) Rainer Brüderle Angelika Brunkhorst Ernst Burgbacher Helga Daub Jörg van Essen Ulrike Flach Horst Friedrich (Bayreuth) Rainer Funke Dr. Wolfgang Gerhardt Hans-Michael Goldmann Joachim Günther (Plauen) Dr. Karlheinz Gutmacher Dr. Christel Happach-Kasan Christoph Hartmann (Homburg) Klaus Haupt Ulrich Heinrich Birgit Homburger Dr. Werner Hoyer Michael Kauch Dr. Heinrich L. Kolb	Gudrun Kopp Jürgen Koppelin Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Ina Lenke Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Markus Löning Dirk Niebel Günther Friedrich Nolting Hans-Joachim Otto (Frankfurt) Detlef Parr Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Andreas Pinkwart Dr. Günter Rexrodt Marita Sehn Dr. Hermann Otto Solms Dr. Max Stadler Dr. Rainer Stinner Carl-Ludwig Thiele Dr. Dieter Thomae	Jürgen Türk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein Fraktionslose Abgeordnete Dr. Gesine Löttsch Petra Pau Nein CDU/CSU Wolfgang Zöllner Enthalten CDU/CSU Martin Hohmann Dr. Peter Jahr Dr. Egon Jüttner Henry Nitzsche	(C)
-----	---	---	---	---	-----

(Beifall im ganzen Hause)

Es gab eine Neinstimme und vier Enthaltungen. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1300 empfiehlt der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, eine Entschließung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der FDP und der Stimme einer fraktionslosen Abgeordneten gegen die Stimmen von CDU/CSU angenommen worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1359. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen des ganzen Hauses gegen die Stimmen von CDU/CSU abgelehnt worden.

Anlagen zum Stenografischen Bericht

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

**des Abgeordneten Johannes Singhammer (CDU/
CSU) zur Abstimmung über den Entschlie-
bungsantrag der CDU/CSU zu dem Entwurf
eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003**

(A) **über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union (Tagesordnungspunkt 3)**

Ich erkläre, dass ich dem Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion, Drucksache 15/1359, zur Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung – Drucksache 15/1100, 15/1200, 15/1300 – völlig zustimme.

Anlage 5

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Dr. Egon Jüttner (CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union (Tagesordnungspunkt 3)

Ich begrüße die Erweiterung der Europäischen Union und sehe darin vor allem einen bedeutenden Schritt zur Verständigung und Aussöhnung mit Deutschlands östlichen Nachbarstaaten sowie zur langfristigen Stabilisierung des Friedens in Europa.

(B) Ich bedauere deshalb das im Deutschen Bundestag angewandte Abstimmungsverfahren, das mir nur die Möglichkeit lässt, ein Gesamtvotum über alle Länder abzugeben, anstatt über jedes Land einzeln abstimmen zu können. Da ich einerseits nicht gegen die Aufnahme jener Länder stimmen möchte, deren Beitritt ich befürworte, es andererseits aber nicht mit meinem Gewissen vereinbaren kann, der Aufnahme der Tschechischen Republik zuzustimmen, stimme ich mit Enthaltung.

Die tschechische Regierung hat es versäumt, noch vor dem Beschluss über ihre Aufnahme in die Europäische Union die diskriminierenden, völkerrechts- und menschenrechtswidrigen Benes-Dekrete aufzuheben. Die Regierung der Tschechischen Republik ist nach wie vor nicht bereit, die kollektive Entrechtung, die entschädigungslose Enteignung und die Vertreibung von dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen klar und unmissverständlich als völkerrechtswidrig anzuerkennen, den Sudetendeutschen, deren Vorfahren jahrhundertlang in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien ansässig waren, das Recht auf Heimat zuzugestehen, das Amnestiegesetz vom 8. Mai 1946 mit seiner Ex-tunc-Straffreistellung für an Deutschen begangene Verbrechen aufzuheben, sich unzweideutig von denjenigen Benes-Dekreten zu distanzieren, die zu den völkerrechtswidrigen Enteignungen Sudetendeutscher geführt haben.

Die Benes-Dekrete sind mit der Rechts- und Wertegemeinschaft der Europäischen Union nicht vereinbar.

(C) Umso unverständlicher ist es, dass weder die Europäische Kommission noch die deutsche Bundesregierung ernsthafte Anstrengungen unternommen hat, auf der Grundlage der Kopenhagener Kriterien die Tschechische Republik dazu zu bewegen, die Benes-Dekrete vor einer Entscheidung über die Aufnahme des Landes in die Europäische Union aufzuheben. Die Europäische Kommission hat entgegen ihren eigenen Vorgaben darauf verzichtet, in den Verhandlungen mit der Tschechischen Republik auf der uneingeschränkten Erfüllung der von der Europäischen Union selbst gesetzten moralischen und politischen Prinzipien zu bestehen. Mit der Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union verstößt die Gemeinschaft eklatant gegen Grundprinzipien, die sie selbst in der Kopenhagener Erklärung festgelegt hat.

Die weiterhin gültigen, Vertreibung und ethnische Säuberung rechtfertigenden Unrechtsdekrete der Tschechischen Republik sind mit dem europäischen Rechts- und Menschenrechtsstandard nicht vereinbar. Sie dürfen deshalb in der bestehenden Rechtsordnung eines Mitgliedstaates keinen Bestand haben. Wenn nämlich künftig völkerrechtswidrige Dekrete in der Rechtsordnung eines zur Europäischen Union gehörenden Landes fortbestehen, dann ist das gesamte Fundament Europas gefährdet.

Anlage 6

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union (Tagesordnungspunkt 3)

(D) Mit der Osterweiterung der Europäischen Union eröffnet sich nach den bitteren Erfahrungen vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die historische Chance, Frieden, Freiheit und Sicherheit in ganz Europa nachhaltig zu stärken. Die Einigung Europas ist das wertvollste Erbe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Europäische Union als Rechts- und Wertegemeinschaft bietet dabei die Chance einer dauerhaften Verständigung und Aussöhnung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarstaaten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt daher die Aufnahme aller zehn Beitrittsstaaten zur Europäischen Union zum 1. Mai 2004. Dieser Beitritt ist eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung einer jahrhundertealten gemeinsamen Wertegemeinschaft auf der Grundlage gemeinsamen Glaubens, gemeinsamer Kultur und gemeinsamer Geschichte.

Maßgeblich für einen Erfolg der Europäischen Union als Rechts- und Wertegemeinschaft ist die Einhaltung der vom Europäischen Rat 1993 beschlossenen Kopen-

- (A) hagerer Kriterien. Darin werden von den Mitgliedstaaten unter anderem eine stabile Demokratie, der Schutz von Minderheiten und die Achtung der Menschenrechte gefordert. Die Kopenhagener Kriterien waren richtungsweisend für den Reformprozess, den die Bewerberländer eingeleitet und vorgebracht haben, um die Bedingungen für eine von allen Seiten gewünschte Mitgliedschaft in der EU zu erfüllen.

Es bestehen jedoch insbesondere in der Tschechischen Republik Dekrete fort, die entgegen dem Völkerrecht als Rechtfertigungen für Tötungen, Vertreibungen und Entrechtungen gedient haben.

Nicht nur ich meine, dass diese Dekrete und deren politische Bestätigungen den Weg verschließen könnten, die Vergangenheit aufzuarbeiten und zu überwinden, um die Zukunft von Nachbarn zum Wohle ihrer Bürger zu meistern. Und deswegen sage ich: Vertreibungsdekrete, Vertreibungsgesetze sowie so genannte Straffreistellungsgesetze sind Unrecht und stehen im Gegensatz zum Völkerrecht. Sie dürfen nirgendwo Bestandteil einer bestehenden Rechtsordnung sein. Daher sind diese Dekrete abzuschaffen bzw. für nichtig zu erklären.

Ich begrüße in diesem Zusammenhang die Erklärungen der tschechischen Regierung vom 19. Juni 2003 in Prag und vom 29. Juni 2003 in Göttweig, in denen auf die „unannehmbaren Taten und Ereignisse“ in der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hingewiesen und ein Bekenntnis der moralischen Verantwortung abgelegt wird, als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

(B)

In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Aufforderung des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 1999, „fortbestehende Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 46 aufzuheben, soweit sie sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen“, sowie an den deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag von 1992 und die deutsch-tschechische Erklärung von 1997, in der sich beide Seiten zu ihrer historischen Verantwortung bekannt haben.

Ich fordere die Bundesregierung auf, insbesondere mit der Tschechischen Republik über die Aufhebung der Vertreibungs- und Entrechtungsdekrete sowie Straffreistellungsgesetze zu verhandeln.

Anlage 7

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Matthias Sehling und Beatrix Philipp (beide CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen

Republik zur Europäischen Union (Tagesordnungspunkt 3) (C)

Wir schließen uns der mündlichen Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Erika Steinbach an.

Anlage 8

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Ingo Wellenreuther und Veronika Bellmann (alle CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union (Tagesordnungspunkt 3)

Wir stimmen dem Gesetz zu und erklären hierzu:

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union eröffnet sich nach den bitteren Erfahrungen vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die historische Chance, Frieden, Freiheit und Sicherheit in ganz Europa nachhaltig zu stärken. Die Einigung Europas ist das wertvollste Erbe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Europäische Union als Rechts- und Wertegemeinschaft bietet dabei die Chance einer dauerhaften Verständigung und Aussöhnung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarstaaten.

Maßgeblich für einen Erfolg der Europäischen Union als Rechts- und Wertegemeinschaft ist die Einhaltung der vom Europäischen Rat 1993 beschlossenen Kopenhagener Kriterien. Darin werden von den Mitgliedstaaten unter anderem eine stabile Demokratie, der Schutz von Minderheiten und die Achtung der Menschenrechte gefordert. Die Kopenhagener Kriterien waren richtungsweisend für den Reformprozess, den die Bewerberländer eingeleitet und vorgebracht haben, um die Bedingungen für eine von allen Seiten gewünschte Mitgliedschaft in der EU zu erfüllen.

Es bestehen jedoch insbesondere in der Tschechischen Republik Dekrete fort, die entgegen dem Völkerrecht als Rechtfertigungen für Tötungen, Vertreibungen und Entrechtungen gedient haben.

Nicht nur wir meinen, dass diese Dekrete und deren politische Bestätigungen den Weg verschließen könnten, die Vergangenheit aufzuarbeiten und zu überwinden, um die Zukunft von Nachbarn zum Wohle ihrer Bürger zu meistern. Und deswegen sagen wir: Vertreibungsdekrete, Vertreibungsgesetze sowie so genannte Straffreistellungsgesetze sind Unrecht und stehen im Gegensatz zum Völkerrecht. Sie dürfen nirgendwo Bestandteil einer bestehenden Rechtsordnung sein. Daher sind diese Dekrete abzuschaffen bzw. für nichtig zu erklären.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Erklärungen der tschechischen Regierung vom 19. Juni 2003

- (A) in Prag und vom 29. Juni 2003 in Göttweig, in denen auf die „unannehmbaren Taten und Ereignisse“ in der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hingewiesen und ein Bekenntnis der moralischen Verantwortung abgelegt wird, als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

In diesem Zusammenhang erinnern wir an die Aufforderung des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 1999, „fortbestehende Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 1946 aufzuheben, soweit sie sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen“, sowie an den deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag von 1992 und die deutsch-tschechische Erklärung von 1997, in der sich beide Seiten zu ihrer historischen Verantwortung bekannt haben.

Anlage 9

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der CDU/CSU zu dem Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union (Tagesordnungspunkt 3)

(B)

Hiermit erkläre ich, dass ich mit dem Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion (Drucksache 15/1359) vollinhaltlich übereinstimme.

Anlage 10

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Albert Rupprecht (CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union (Tagesordnungspunkt 3)

Mit seiner Zustimmung zu dem Vertrag für die Aufnahme zehn neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Union gibt der Deutsche Bundestag dem Willen Ausdruck, die Europäische Union zu einem Bund der Freiheit und des Friedens wieder zu vereinen. Ich stimme dem Antrag aus übergeordneten Gründen zu, wenngleich ich erhebliche Bedenken anmelden möchte:

Ich sehe mit großer Sorge, dass viele Voraussetzungen noch nicht erfüllt sind, die bei dieser Erweiterung zwingend erfüllt sein müssten. Die Erweiterung findet statt,

bevor die Reformdiskussion in der Europäischen Union einen erfolgreichen Abschluss gefunden hat. Es ist weder absehbar, ob das noch zu verhandelnde institutionelle Gefüge der EU effektiv arbeiten kann, noch ob es von den Staaten überhaupt akzeptiert wird. Eine klare Abgrenzung der Kompetenzen in der Union ist noch nicht gegeben. Wir wissen momentan nicht, in welchen Bereichen wir soziale und wirtschaftliche Belange gemeinsam, koordiniert oder einzelstaatlich regeln. Wir stimmen der Erweiterung zu, bevor uns ein schlüssiges und mehrheitsfähiges Konzept Sicherheit darüber gibt, wie mittel- und langfristig die erweiterte Union und ihre Aktivitäten finanziert werden. Deutschlands Grenzregionen wurde zur Vorbereitung auf die Erweiterung von Vertretern der Regierungspartei SPD ein geschlossenes Grenzgürtelprogramm versprochen, welches bis heute noch nicht existiert. Nach den Plänen der Bundesregierung wird Deutschland in Zukunft aus den EU-Töpfen keine Zuwendungen mehr für Strukturmaßnahmen erhalten. Den Grenzregionen bleibt gleichzeitig auch kein Handlungsspielraum, eigene Unternehmen entsprechend schützen oder fördern zu können. Nach wie vor gibt es auf tschechischer Seite keine Außerkraftsetzung der tschechischen Vertreibungsdekrete. Mit der Erweiterung wird somit der EU als Rechtsgemeinschaft ein zweifelhaftes Erbe übertragen. In der EU und in Deutschland wurden notwendige Maßnahmen im Vorfeld der Erweiterung nicht getroffen, wenngleich die Maßnahmen auf beiden Ebenen wiederholt als notwendig angesehen wurden. Insbesondere die Bundesregierung ist in der Gesamtbetrachtung hier ihrer Fürsorgepflicht gegenüber der deutschen Bevölkerung – insbesondere in den Grenzregionen zu den Beitrittsstaaten – nicht ausreichend nachgekommen.

(C)

(D)

Anlage 11

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Klaus Brähmig (CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union (Tagesordnungspunkt 3)

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union eröffnet sich nach den bitteren Erfahrungen vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die historische Chance, Frieden, Freiheit und Sicherheit in ganz Europa nachhaltig zu stärken.

Die Einigung Europas ist das wertvollste Erbe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Europäische Union als Rechts- und Wertegemeinschaft bietet dabei die Chance einer dauerhaften Verständigung und Aussöhnung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarstaaten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt daher die Aufnahme aller zehn Beitrittsstaaten zur

- (A) Europäischen Union zum 1. Mai 2004. Dieser Beitritt ist eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung einer Jahrhunderte alten gemeinsamen Wertegemeinschaft auf der Grundlage gemeinsamen Glaubens, gemeinsamer Kultur und gemeinsamer Geschichte.

Maßgeblich für einen Erfolg der Europäischen Union als Rechts- und Wertegemeinschaft ist die Einhaltung der vom Europäischen Rat 1993 beschlossenen Kopenhagener Kriterien. Darin werden von den Mitgliedstaaten unter anderem eine stabile Demokratie, der Schutz von Minderheiten und die Achtung der Menschenrechte gefordert. Die Kopenhagener Kriterien waren richtungsweisend für den Reformprozess, den die Bewerberländer eingeleitet und vorangebracht haben, um die Bedingungen für eine von uns gewünschte Mitgliedschaft in der EU zu erfüllen.

- Ich sehe jedoch, dass offensichtlich nicht alle Beitrittsländer – aus welchen Gründen auch immer – sich vor dem Beitritt in die Rechts- und Wertegemeinschaft der Europäischen Union von Dekreten getrennt haben, die völkerrechtswidrig so genannte Rechtfertigungen für die Vertreibungen der Deutschen aus ihrer Heimat am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach waren. So schmerzt es mich, dass zum Beispiel die Tschechische Republik an den Benes-Dekreten festhält, was wiederholt in den Äußerungen führender Regierungsvertreter, aber auch in der Resolution des tschechischen Parlamentes vom 23. April 2002 zum Ausdruck gekommen ist. Daran hat auch die bedeutende Erklärung der Regierung der Tschechischen Republik vom 18. Juni 2003, in der auf die „unannehmbaren Taten und Ereignisse“ in der unmittelbaren Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hingewiesen wird, in der Substanz nichts geändert, zumal die tschechische Regierung gerade in jüngster Zeit ein Festhalten an den Benes-Dekreten als den rechtlichen Grundlagen der Vertreibung politisch bekräftigt hat.
- (B)

Nicht nur ich meine, dass diese wiederholten politischen Bekräftigungen den Weg verschließen könnten, die Vergangenheit aufzuarbeiten und zu überwinden, um die Zukunft von Nachbarn zum Wohle ihrer Bürger zu meistern. Denn dazu gehört auch ein Bekenntnis zur Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit wie auch ein Bekenntnis zum Recht auf die Heimat für die deutschen Vertriebenen, die wie die tschechische Bevölkerung Schlimmstes erleiden mussten.

Deswegen sage ich: Vertreibungsdekrete und Vertreibungsgesetze sind Unrecht und stehen im Gegensatz zum Völkerrecht. Daher unsere Bitte, unser nachbarschaftliches Verlangen: Vertreibungen und ethnische Säuberungen dürfen nirgendwo Bestandteil einer bestehenden Rechtsordnung sein und besonders nicht bleiben.

Deshalb fordere ich: Die Vertreibungs- und Enteignungsdekrete sind in den Beitrittsstaaten, in denen sie noch bestehen, abzuschaffen, für nichtig zu erklären.

Ich halte daher an der Forderung einer Abschaffung der Vertreibungsdekrete und Vertreibungsgesetze fest, so wie es in der „Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 15. April 1999 zum regelmäßigen Bericht der Kommission über die Fortschritte der Tschechischen

Republik“ auf dem Weg zum Beitritt zum Ausdruck gekommen ist. (C)